

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Mark, halbjährlich 12,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Bezugs- und Druck-Verwaltungsgesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. V. Halle, Berdenstraße 14

Einzelpreis: 15 Goldpfennig i. d. W. 1000-Mark-Stücke u. Spalte; 70 Goldpfennig i. Resten im Text. Anzeigenpreise zu richten nach Halle, Berdenstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegramm-Adresse: „Klassenkampf“ Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Verlagsadresse: Postfach 1068 45, Fritz Str. 6, Halle

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, den 6. Oktober 1925

5. Jahrgang \* Nr. 220

## Lohnabbau und Massenentlassungen in den Kohlenrevieren

Nachdem der hohevolle Schiedsspruch für das mitteldeutsche Braunkohlenrevier mit Verschärfung der Zwölf-Stunden-Schicht und Reduzierung des Reallohnes gefällt ist, schreiben die Unternehmer auch noch zu Entlassungen, um auf diese Weise die Bergarbeiter zu entmutigen und sie auch noch für weiteren Lohnabbau gefällig zu machen.

Im niederschlesischen Industriegebiet wurde den gesamten Belegschaften, annähernd 30 000 Bergarbeitern, gekündigt. Nicht nur die Zwölfstündige Lohnforderung des Bergarbeiterverbandes, sondern auch die gefällte siebenprozentige Lohnerhöhung wurde von den Bergherren abgelehnt. Der alte Lohn und der Zehnhunderttag sollen bis zum 30. November festhalten bleiben. Der Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens hat dem Bergarbeiterverband darüber u. a. geschrieben:

„Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß wir uns genötigt sehen, die sich aus den Verhandlungen am Dienstag, dem 29. September d. J., ergebende Lohnforderung vorläufig schon heute für den nächsten zulässigen Termin, das ist der 31. Oktober 1925, zu kündigen und in neue Verhandlungen mit dem Ziel eines Lohnabbaus um 15 Prozent und besonderer Lohnfestsetzung für die Gruppen des Handwerkers einzutreten.“

Die Bergherren, die ungeheure Gewinne machen — die Fürstentümer haben zum Beispiel in einem Jahr einen Uberschuß von 1 200 000 Mark erzielt — legen es also auf die brutale Unterjochung der Bergarbeiterschaft an.

Was hat die Bergarbeiterschaft dem entgegenzusetzen? Der Bergarbeiterverband hat zusammen mit den übrigen Bergarbeiterorganisationen nach einer Meldung aus Essen eine Konferenz be-

schlossen, in der erneut Lohnforderungen aufgestellt und Kampfmaßnahmen beschlossen werden sollen. Die mitteldeutschen Bergarbeiter haben am Sonntag in einer Konferenz in Köthen Stellung gegen den unterbörten Schiedsspruch genommen und folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

„Die am 4. Oktober in Köthen überaus zahlreich versammelten Funktionäre des Bergarbeiterverbandes erklären nach Kenntnisnahme des Tarifs- und Arbeitszeitschiedspruches für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau im Namen ihrer Belegschaften einstimmig das Folgende:

Den mitteldeutschen Bergarbeitern ist im Jahre 1923 mit der Hilfe des Reichsarbeitsministeriums gegen den Willen der Tarifverbände durch ein nach den Wünschen der Arbeitgeber zusammengesetztes Schiedsgericht der Zwölfstundentag aufgezogen worden. Zehnhunderttag Bergarbeiter wurden durch diesen Willkürakt arbeitslos, tausende blieben viele Monate lang auf Grund eines schwarzen Listenjournals der Arbeitgeber beschäftigungslos.

Die mitteldeutschen Bergarbeiter haben infolge niedriger Löhne und einer überlangen Arbeitszeit das Meistenmögliche geleistet. Sie haben Opfer über Opfer bringen müssen, während Handel, Industrie und Gewerkschaft unter dem Schutze der Regierung die schamloseste Preispolitik betrieben. Die Arbeitgeber haben kein Mittel ungenutzt gelassen, das Arbeitsministerium für ihre profitstiftenden Zwecke gefällig zu machen. Das Arbeitsministerium hat jedem Wunsch der Arbeitgeber nachgegeben und gleich diesen jedes soziale Verhältnis gegenüber der Arbeiterschaft vermissen lassen. Es hat den Wünschen der Arbeitgeber

(Fortsetzung Seite 2.)

## Locarno — zweites Versailles

Halle, 6. Oktober.

Die Delegationen der imperialistischen Mächte sind in Locarno eingetroffen und haben bereits, wie es in der Diplomatensprache heißt, miteinander „Kühlung genommen“. Wer sind diese großen Herren, die der Welt glauben machen wollen, daß sie in dem wunderlichen Locarno jetzt wirklich den Friedensengel werden ausfliegen lassen? Es ist da zunächst Chamberlain, der brutale, offen imperialistische Staatsmann. Man sieht weiter Briand, den ehemaligen französischen Sozialisten und Allerseitsintriganten. Als dritte besonders feine Nummer figuriert Vandervelde, königlich belgischer Minister, Mitglied der Zweiten Internationale, „Sozialist“ und Unterzeichner des Versaillescher Schandvertrages. Und dann sind unsere Deutschen da! Der kleine fugeleunde Dr. Luther, der deutschnationalistische Reichsminister, der es so glänzend verstanden hat, als Repräsentant der Industrie und des großgrundigen Kapitals einen in der Geschichte einzig dastehenden Zoll- und Steuertraub an den wertvollsten Massen Deutschlands zu vollziehen. Schließlich Dr. Stresemann, früherer Epitaph eines Reichstagesverbandes, aufgibt und geländemüde, der wie eine Kame immer auf die Seite fällt, was er schon in der Vergangenheit dadurch bewiesen hat, daß er in den schlimmsten Zeiten für die deutsche Bourgeoisie sehr wohl mit den Sozialdemokraten Solimann, Hilferding und Genossen in einer Regierung zu sitzen verstanden hat, wie er es genau so gut jetzt unter der Hinbenburg-Aera mit den Deutschnationalen Schiele, Neuhaus usw. zu tun vermag.

Das also sind die Leute, die dem Weltproletariat den Frieden bringen sollen? Wahrscheinlich, das Proletariat, das daran glauben würde, das Proletariat wäre verloren! Schon die Männer, die in das Paradies Locarno gefahren sind, beweisen es uns in ihrer Vergangenheit und ihrer Persönlichkeit, daß Locarno alles andere ist als das Tor, durch das die Welt zum „Völkerrfrieden“ und zur „Völkerfreiheit“ führet.

Aber es gibt Zeitungen, die das glauben machen wollen. Nicht so sehr die bürgerlichen, denn bei allen Artfellen über Locarno merkt man doch der Bourgeoisiepresse das eine an, daß sie Angst hat einseitig vor dem nationalstiftlichen Kleinbürgertum, andererseits aber auch vor einer zu einseitigen antinationalistischen Außenpolitik. Es ist vielmehr die SPD-Presse, die die Konferenz Locarno anspricht. Wie sich der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratie, am Sonntag so geschmacklos ausgedrückt hat, „seht es ja nicht um einen Kriegsausbruch, sondern sozulegen um einen Friedensausbruch.“

Wahrscheinlich, die Imperialisten der Welt hätten zu einem Friedensausbruch bis heute Zeit genug gehabt. Nicht nur in Locarno als Friedenskonferenz die Verhandlungsstände ihres Reichens, sondern alle Abwärtungs- und Konfessionskonferenzen haben auch nicht im geringsten verhindert, daß heute mehr Menschen unter Waffen stehen als vor dem Kriege, und daß an den verschiedensten Punkten der Erde, ob in China, Marokko, ob in Indien oder Ostafrika wegen den aberkulturalen kapitalistischen Profitstreben Ströme von Blut vergossen werden. Aber wie gesagt, der „Vorwärts“ glaubt dennoch an den Frieden:

„Was von Versailles, dem mit kriegerischen Erinnerungen beladenen Vorort von Paris, erzögelt erblickt wurde, das ist in Locarno, dem stillen Südpalmenhain, Wirklichkeit geworden. Friede und Sicherheit vor der Wiederkehr kriegerischer Gewalttaten. Die Sicherheit des Nie-wieder-Krieges ist in Locarno geschaffen worden.“

Da haben wir's! Was ist Locarno? Eine sozialdemokratische Nie-wieder-Krieges-Kundgebung! Zwar predigt der theoretische Führer der Zweiten Internationale und insbesondere der deutschen Sozialdemokratie, Kautsky, ganz offen die bewußte Intervention gegen Sowjet-Rußland, zwar haben selbst die englischen reformistischen Gewerkschaftsführer den Eisenstreifen, der in Locarno im Mittelpunkt der Verhandlungen steht, mit dem Namen „Abespeiser“ besetzt; macht nichts, der „Vorwärts“ nennt ihn einfach den „Nie-wieder-Krieges-Pakt“. Hat man jemals unerschämter die Geschichte gefällig?

Es genügt, in diesem Zusammenhang das wiederzugeben, was bei der deutschen Bourgeoisie festliegt und ganz brutal ausgesprochen wird, um die ganze Däuerlichkeit der sozialdemokratischen „Nie-wieder-Krieges-Pakt“-Theorie zu begreifen. In der Sonntagsausgabe des „Berliner Tageblatt“ spricht der Sonder-Korrespondent dieses Blattes in Locarno, Erich Dombrowski, davon, daß offensichtlich das bekannte Genfer Protokoll die Verhandlungsgrundlage der Konferenz bilden wird. Lassen wir diesen Korrespondenten des „Berliner Tageblattes“ selbst diese Verhandlungsgrundlage darlegen. „Was will das Genfer Protokoll? Es will in seinen Bestimmungen neben den Verpflichtungen des Völkerbundes einverleihen, es will jeden Angriffskrieg verhindern, aber den Verteidigungskrieg erlauben, eben den Krieg, der in Uebereinstimmung mit dem Völkerbund und mit den Abmachungen des Protokolls unternommen wird. In einem Konfliktfall zwischen zwei Nationen soll erst das Schiedsgericht gebirt werden. Die Signatarstaaten haben sich diesem Spruch zu fügen. Weigert sich dagegen eine Nation, so bedeutet das eine Verletzung des Protokolls. Bei passivem Widerstand über der Rat friedliche Druckmittel aus. Verleugert sie, so treten wirtschaftliche Sanktionen ein. Wendet sich ein Staat auch dagegen, so erfolgen militärische Sanktionen. Die Wassengewalt hat dann zu entscheiden. Der Völkerbund kann allen

## An die Parteimitgliedschaft des Bezirks Halle-Merseburg!

Partiogenossen! Parteiengenossen!

Noch befinden wir uns in der Diskussion über den Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Schon vor dem Abschluß dieser Diskussion auf dem demnächst stattfindenden Bezirksparteitag hat die Führung unseres Bezirkes eine personelle Umstellung erfahren.

Vorbereitend für die letzten Entschlüsse des Bezirksparteitags ist von der Bezirksleitung mit übergroßer Mehrheit der Genosse Max Rabemann zum politischen Sekretär und der Genosse Sachs zum Leiter der Gewerkschaftsleitung des Bezirkes gewählt worden.

Die verantwortlichen Parteiarbeiter sowie die gesamte Bezirksleitung erklären, auf das allerentsetzteste bestrebt zu sein, gemeinsam mit der Gesamtmittgliedschaft die Fehler und Schwächen, die im Exekutivbrief mit Recht geäußert wurden, auszumergen. Alle Kräfte sollen eingesetzt werden, um den Bezirk politisch und organisatorisch vorwärtszubringen.

Auf den Boden der praktischen Parteiarbeit müssen sich jetzt alle Genossen, ohne Rücksicht auf frühere oppositionelle Ansichten, stellen. Alle Genossen, die bisher gegen führende Persönlichkeiten des Bezirkes oder die Bezirksleitung oppositionell eingestellt waren und darum vielfach ableiten gekonnt haben, werden zur loyalen Mitarbeit angefordert. Der unfruchtbare Fraktionsgeist muß verschwinden und alle Genossen, soweit sie auf dem Boden stehen, der im Exekutivbrief vorgezeichnet ist, müssen zur

Kollektivarbeit auf allen Gebieten

herangezogen werden.

Dabei muß offen ausgesprochen werden, daß allerdings diejenigen Genossen, die in jeder Weise bestehende Diskussionsfreiheit heute zu neuen Fraktionsarbeiten organisatorischer Natur mißbrauchen würden, sich außerhalb des Parteiramens bewegen. Solche Genossen müßten dann die Folgen der innerhalb der kommunistischen Partei verbotenen Fraktionsarbeit selbst tragen und dürfen sich hinterher nicht beschweren über eine angebliche Unterbindung der Diskussionsfreiheit.

Im Geiste einer wirklich allseitigen Kollektivarbeit und im Interesse der Partei muß jetzt die Herangehung neuer Arbeitselemente zur Arbeit und zur Funktion erfolgen. Und im Geiste gegenseitigen Vertrauens gilt es an die praktischen Aufgaben heranzugehen, die der Partei harrten.

Im Mittelpunkt unserer politischen Einstellung steht der Widerstand gegen die gesamte Sicherheitspakt- und Völkerbundspolitik.

die neue Kriegsgelassen in sich birgt. Es gilt den Massen des Proletariats den Sinn der Aktionierung zu erklären und ihnen zu zeigen, wie nur der Weg, den die russischen Arbeiter und Bauern beschritten haben, zur sozialen und nationalen Befreiung des Proletariats führt.

Vor allem aber gilt es

die Werbekraft unserer Partei auch in den kleineren Tageskämpfen

zu erhöhen. Das muß geschehen durch eine vorbildliche Arbeit im Betrieb und in den Gewerkschaften, sowie in allen Organisationen, wo Massen von Proletariern sich zusammenfinden. Die Richtung dieser Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ist angeordnet durch das englische Vorbild. Entsprechend dem englischen Einheitskomitee der Gewerkschaften steht vor uns die Aufgabe der

Heranbildung eines linken Arbeiterflügels auch in der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Hand in Hand mit der Tatsache, daß auch die sozialdemokratischen Arbeiter jetzt eine günstigere Einstellung zu Sowjet-Rußland zu fassen beginnen, kann diese Linksbewegung in der deutschen Arbeiterklasse dem revolutionären Klassenkampf des gesamten Proletariats einen mächtigen Impuls geben.

Und von diesem Gesichtspunkt aus ist es notwendig, den sozialdemokratischen und indifferenten Arbeitern gegenüber, den im Exekutivbrief näher erklärten neuen Ton zu finden, allen diesen Proletariern zu beweisen, daß die Kommunisten sie trotz aller Verräterei ihrer Führung als Klassenbrüder betrachten, und nichts schmähter herbeizumünzen, als eine wirkliche proletarische Einheitsfront im Interesse des gesamten wertvollen Volkes.

Besondere Beachtung muß die gesamte Mitgliedschaft der Partei schenken den sich überall anbahnenden Kämpfen gegen die Teuerung, für einen auskömmlichen Lohn und für den Achtstundentag.

In den wichtigsten Industrien unseres Bezirkes, wie Bergbau, Chemie und Metall, sind völlig unzureichende Löhne- und Arbeitszeiten abgeschlossen worden. Die Offensiv des Unternehmers zum die Lebenshaltung der Arbeiterschaft kann nur durch den Widerstand, wenn es der kommunistischen Partei gelingt, eine breite Kampffront im Betrieb und Gewerkschaft aufzurichten.

Nebenbei gilt es, am 29. November für die Kreis- und Provinzial-Verbandsversammlungen alle Kräfte anzupumpen, um den ideologischen Einfluß der KPD auf die wertvolle Bevölkerung zu häufen.

Alle diese nur kurz skizzierten Aufgaben muß unsere Partei nur dann mit Erfolg durchführen können, wenn unter gegenseitigem Vertrauen alle Genossen den ehrlichen Willen haben, die Anweisungen und Vorurteile des Exekutivkomitees wirklich in der täglichen Parteiarbeit durchzuführen.

In diesem Sinne herant an die Zusammenfassung aller Kräfte und dann vorwärts in geschlossenen Reihen für den Kommunismus!

Begeleitete Halle-Merseburg der KPD.

In Frage kommenden Nationen Verpflichtungen auferlegen, sich an diesen militärischen Sanktionen zu beteiligen."

Diese farnse Verhandlungsgrundlage alle liegt dem bevorstehenden Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund und dem Eiderheitspakt zugrunde. Das bedeutet ganz froh angegriffen folgendes: Die großen Mäner, die schon in Versailles ihren Willen durchsetzen haben, sind in Locarno zusammengekommen, um gegenüber dem Weltfriede Beschlüsse, insbesondere gegenüber Deutschland, die brutale Verwahrlosung von Versailles zu befestigen. Locarno ist das zweite Versailles. Locarno bedeutet, daß Deutschland allenfalls in Zukunft die Ware haben wird, als Landbesitzer unter dem Kommando englischer und französischer Generale die Strafen des Völkerverbundes, das heißt der Entzerrung, zu tragen. Jeder, wenn der erste Krieg geführt werden soll, das heißt Recht. Es ist Somers-Nachland, das Land der Arbeiter und Bauern, das sich den Wäntigen von Versailles nicht beugt hat, vielmehr wie ein Pfahl im Fleische des Weltimperialisismus steht und darum von den Völkerverbündungs-imperialisten als erstes niedergebügelt werden soll.

Aber die Arbeiterklasse der Welt hat es schon zu wiederholten Malen erfahren, daß wenn man auf den Volksweltismus losschlägt, die moderne revolutionäre Arbeiterbewegung überhaupt gemeint ist. Wenn die sozialdemokratische Presse die deutschen Arbeiter dadurch irritieren versucht, daß sie von einem "Nie-wieder-Kriegs"-Pakt spricht, so können wir nicht teilhaben an diesem Verbrechen an der gesamten Arbeiterbewegung. Wir werden auch nicht in den kleinsten Dingen, auch nicht in der kleinsten Beziehung irgendwelche Maßnahmen vor Locarno im deutschen Völkerverbund aufkommen lassen. Wir werden die reifliche Weltarbeit leugnen!

Die Wahrheit ist, daß Locarno eine Verflechtung, eine bessere Organisation, eine stärkere Zusammenfassung aller imperialistischen Kräfte bedeutet, als es in Versailles der Fall war.

Die Wahrheit ist, daß die Weltimperialisisten durch Locarno endgültig jene durcheinander militärische Front organisieren wollen, — und zwar um so mehr, als sie Friedensbewegungen aus selbstvollem Munde von sich geben — die den "Beth der Beunruhigung" der Arbeiterklasse in der ganzen Welt, nämlich Somers-Nachland, auslöschen soll. Die Wahrheit ist, daß demgegenüber jene sonstigen Friedensmaßnahmen von "Nie-wieder-Krieg" und ähnlichem etwas nützen, sondern einzig und allein die Organisation der proletarischen Klassenfront gegen die Kriegsspläne der Diplomaten in Locarno.

Aus dem diesem Gesichtspunkt aus sehen in Mittelsland eine nicht weniger professionelle Front gegen Locarno gerichtete Arbeiterschaft, deren innerer Gehalt das Verbotene ist, die breiten Massen des Völkerverbundes durch eine nationale und internationale Gewerkschaftsaktion schon beiseite zur Kampfaufnahme gegen die Kriegsgesahren zu befehlen.

## Lohnabbau und Massenentlassungen in den Kohlenrevieren

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

auch nach insofern Rechnung getragen, daß es tarifliche Beschränkungen keine Zustimmung gab. Mit unumkehrbarer Eile hat das Reichsarbeitsministerium den Verbotsspruch über die Entlassung der Wäntigen im Hinblick auf die Schicksale der Arbeiterklasse in der Zukunft erlassen und damit bezeugt, daß ihm die Interessen des proletarischen Völkerverbundes näher liegen als die minimalen Wünsche der Arbeitgeber.

Die Arbeitgeber Mitteldeutschlands sprechen dem Reichsarbeitsministerium in höchster Entrüstung ihre uneingeschränkte Mißbilligung aus; sie können zu diesem Ministerium solange kein Vertrauen haben, als es eine Politik betreibt, die einer Vorgehensweise der Arbeiterklasse im Braunkohlenbezugs zum einseitigen Vorteile der Arbeitgeber gleichkommt. Die Arbeitgeber sehen die einzige Möglichkeit, das ihnen geföhlende Unrecht zu befestigen, nur darin, daß sie ihrer Organisation, dem Arbeitgeberverband, durch Zuführung des letzten Arbeitgebervereins die Möglichkeit höherer Kampfbereitschaft verschaffen.

Auch die Metallarbeiter haben sich in einer Konferenz in Halle, die gut besucht war, und an der auch die Bezirksleitungen Dresden, Erfurt und Hannover teilnahmen, mit dem Schiedsspruch beschäftigt. Auch sie haben entschieden Kampf gegen die Protoplasten der Unternehmer und härtesten Widerstand gegen das Reichsarbeitsministerium zum Ausdruck gebracht. Beschlüsse sind, daß eine Bezirksausschreibung des ADGB, Sachverständigen, die für den 10. und 11. Oktober in Magdeburg angesetzt ist, auf der Tagesordnung stehen Punkt enthält, der zu einem freien und überhöht zu dem Schiedsspruch Stellung nimmt. Die "Gewerkschaftsaktion" Nr. 40 vom 8. Oktober fahmt zwar, daß die Entlassungen über das Reichsarbeitsministerium gesagt haben, daß die Schlichter und Schiedsstellen nur bloses Gerede sind und daß jedes Vertrauen in die unparteilichen Vermittler zerfallen ist. Aber wiederum weist der ADGB zurück. Er folgt von einer Änderung der Einstellung des Reichsarbeitsministeriums und hat als einzige Antwort auf die Frage: "Was nun?" den Appell: "Reichsregierung und Reichsarbeitsminister haben das Wort!" Der ADGB befiehlt also, loszohi im Reiches wie im Bezirksverband, daß er gar nicht daran denkt, eine einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse aufzurichten.

Die Schiedssprüche der letzten Zeit laufen alle in der gleichen Linie: Nicht nur keine Lohnverbesserung, sondern Lohnabbau und Arbeitsverlängerung und dazu Entlassungen. Die Unternehmer, die sich heute mächtig gegen fühlen, weisen auf die Schiedsstellen und merken die Arbeiter einfach auf die Straße. Diese Linie ist dieselbe, die die Arbeiter als diejenige des Reichsarbeitsministeriums vertreten hat. Der Preisabbau ist als Schwindlapp entlarvt, die Beschlüsse erfordern für die kapitalistischen Interessen feiende Preise. Das Parlament und die Regierung sind die getreuen Werkzeuge dieser Kapitalisten.

Diese Frage muß die Arbeiterklasse in den Gewerkschaften und in jedem einzelnen Betrieb klar stellen und zu dem Schluß kommen, daß ohne jedes Kompromiß der sofortige Kampf für Lohn- und Arbeitsverlängerung und gegen jegliche Entlassung aufgenommen wird. Die Scheinprojekte des ADGB, müssen als das entlarvt werden, was sie sind, durch Aktivität der Gewerkschaftsmitglieder müssen sie zu wirklichen Aktionen umgestaltet werden. Nur die Einigung der ganzen Macht der Gewerkschaften sichert die Lage der Arbeiterklasse und führt sie aus dem nachsten Elend heraus.

**Verlängerung der Arbeitszeit in Leipzig**

Baut Werbung der Antisozialdemokratischen Leipziger Volksstimme vom 1. Oktober, ist für die Leipziger Metallindustrie eine neue Verlängerung der Arbeitszeit perfert geworden, die eine Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 12 Wochenstunden, darüber hinaus noch weitere Mehrarbeitszeit gegen besondere Zulage bringt. Diese Regelung soll bis zum 31. März 1926 gelten.

**Verlängerung der Arbeitszeit in Leipzig**

Baut Werbung der Antisozialdemokratischen Leipziger Volksstimme vom 1. Oktober, ist für die Leipziger Metallindustrie eine neue Verlängerung der Arbeitszeit perfert geworden, die eine Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 12 Wochenstunden, darüber hinaus noch weitere Mehrarbeitszeit gegen besondere Zulage bringt. Diese Regelung soll bis zum 31. März 1926 gelten.

## Für Jugendhug und Jugendrecht

### Die Bezirkskonferenz des Kommunistischen Jugendverbandes an die Gewerkschaften, SAJ, und an die proletarische Jugend Mitteldeutschlands!

Wir haben gestern bereits den Bericht über die Bezirkskonferenz der Jugend vorgelesen und veröffentlicht heute die einmütig angenommene Resolution für Jugendhug und Jugendrecht.

Der am 4. Oktober 1925 im "Volkspar" tagende Bezirksverband der Kommunistischen Jugendverbandes Halle-Merleburg, auf dem die Delegierten aus dem ganzen Bezirk vertreten sind, beschäftigt sich insbesondere mit der politischen und wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Jugend Mitteldeutschlands. Der Kongreß erklät in der Annahme des Eiderheitspakt durch Deutschland ein offenes Eingestehen der deutschen Bourgeoisie in die Front gegen Sowjet-Rußland. Am Krieg gegen das proletarische Rußland, der von den Gesamtkaufleuten vorbereitet wird, soll Deutschlands arbeitende Jugend Kanonensplitter im Dienk der imperialistischen Imperialismus werden. Gegen diese Verbrechen rüft die Konferenz die mitteleuropäischen Jungarbeiter auf, zum Kampf für die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit, als einzigen Bollwerk gegen den Weltimperialisismus.

Mit der Verleugnung der Lebenslage der erwachenden Arbeiter führt das Gesamtministerium der Jungarbeiterklasse. Angeht dieser elenden Lage der Arbeiterjugend Mitteldeutschlands fordert der Kongreß die Gewerkschaften, die SAJ, und die proletarische Jugend Halle-Merleburg auf, den Kampf für die Durchführung der Jugendforderungen des ADGB, von Kasse und Zeitung durch die Zusammenfassung der proletarischen Jugendorganisationen in freien Jugendparteien auf breiter Grundlage zu beginnen.

Keine Einheit der proletarischen Jugendorganisationen mit den bürgerlichen Jugendverbänden, wie es im Ausmaß der deutschen Jugendverbände der Fall ist.

**In jedem Orte Mitteldeutschlands ein freies Jugendpartei, in dem alle proletarischen Jugendorganisationen vertreten sind.**

Zusammenfassung dieser Ortspartei durch ein Bezirksjugendpartei. Unter der Leitung

**Für Jugendhug und Jugendrecht der arbeitenden Jugend Mitteldeutschlands**

müssen die Jugendforderungen des ADGB, gemeinsame Plattform sein:

Selbstkündigung für Jugendliche bis zu 16 Jahren!  
 45stündige Arbeitswoche für jugendliche Arbeiter von 16 bis 18 Jahren!

Dreiwöchentlicher bezahlter Urlaub für die Jugend!  
 Verlegung der Fortbildungshilfe in die Arbeitszeit!  
 Bezahlung der Fortkunds und Freistellung der Beheimittel!  
 Für das Streikrecht der Besetzung!

Für ausstehenden Jugendhug und Jugendrecht, wie sie der Jugendkongreß des ADGB, in Leipzig festgelegt hat.

In Verbindung damit muß unter den Jungarbeitern eine breite Propaganda für den Eintritt in die freien Gewerkschaften entworfen werden.

Die Einladung der russischen Jugend, eine Jugenddelegation nach Sowjet-Rußland zu entsenden, muß von allen Betrieben und proletarischen Jugendorganisationen beanwortet werden durch die Bezeichnung der vom Einzelkomitee für Rußland-Delegationen einzubereiten.

**Jugenddelegierten-Konferenz am 25. Oktober im "Volkspar", Halle.**

die Rußland-Delegationen endgültig wählt. Durch ein laßliches Studium der wirtlichen Lage der russischen Jugend muß das Lügengebäude, das über Rußland verbreitet wird, zerstört und eine enge Kameradschaft zwischen deutschen und russischen Jungarbeitern geschaffen werden.

Das ist die Kampfbasis, die der Bezirkskongreß des Kommunistischen Jugendverbandes Halle-Merleburg den Gewerkschaften, der SAJ, der proletarischen Jugend vorschlägt. Nur durch Einheit und Geschlossenheit der gesamten proletarischen Jugend wird es möglich sein, die proletarische Jugend in Kampfstellung gegen die immer frecher auftretenden Unternehmer zu bringen.

**Eingetragener Kampf ist unsere Lösung! Jugend vorkan! Halle, 4. Oktober 1925.**

**Bezirksverbandskongreß des ADGB, Halle-Merleburg.**

**Die Magdeburger Straßenbahner im Streit**

Die Straßenbahner in Magdeburg sind am Sonnabend reiflos in den Streit getreten, nachdem eine überfüllte Verammlung sich auf Grund des höchstselten Schiedsspruches für die Arbeitsverlängerung entschieden hatte. Ginter Ginter immer haben sich gefunden, die den Betrieb anreichtigstun zu versagen.

**Protektoratssammlung der Beamten**

Berlin. Gestern vormittag hielten die Beamten in Berlin eine Protestversammlung, die sehr gut besucht war und zu den abgesehenen Forderungen der Beamten Stellung nahm. In der Beschlusse am die Forderung über das Verbot des Schließens zum Ausdruck; in einer Resolution, die indes keine klaren Formulierungen zeigt, protestieren die Beamten gegen Schließen und bezufen sich auf den Artikel 151 der Reichsverfassung, der gleiches Recht für alle festlegt.

**Ausparung in der Glasindustrie**

(MIB.) Dresden. In der Bezirksgruppe Brandenburg des Schuttpandes Deutscher Glasfabriken, ein Dresden, verhielt sich vom 31. August ein Ausmaß der gesamten Belegschaft von über 5000 Arbeitern, wodurch 24 Betriebe zum Stillstand gebracht wurden. Den noch nicht von der Bewegung erfassten Belegschaften in Brandenburg und Sachsen ist von den Mitgliedern des Arbeitgebers-Schuttpandes gefordert worden. Die Stilllegung der Betriebsbetriebe im übrigen Deutschland wird bezirgsweise erfolgen. Es ist danach mit der Stilllegung von etwa 15000 Weißhohlglasfabriken, die über 30 000 Arbeiter beschäftigen, zu rechnen.

**Die Wertarbeiter fordern den Achtstundentag**

In der Wertindustrie ist das letzte Tarifabkommen am 1. Oktober abgelaufen. Die Unternehmer verlangen, daß die neu zu kündige Arbeitszeit auf ein Jahr verlängert wird. Sie behaupten, daß die Wertler sich nur halten können, wenn die "viel zu niedrige Arbeitszeit" verlängert und die "hohen Löhne" der Wertarbeiter abgebaut werden. Dabei gibt sich das kapitalistische "Hamburger Fremdenblatt" zu, daß den wertlichen Wertler betriebsliche Neuaufräge vorliegen und die Geschäftsfrage der Wertler günstig steht. Die Wertarbeiter fordern deshalb den Achtstundentag und höheren Lohn. In einer Verammlung am 27. September nahmen sie zu dieser Frage Stellung und brachten zugleich ihre Entrüstung über die Vorgänge in der Wertindustrie zum Ausdruck. Dennoch wurde eine Dreierleitungs-Kommission gegen den Schiedsspruch nicht erreicht, so daß der Spruch als angenommen gilt. Verschiedene Betriebe haben indes vom DMB geforderte Kampfmaßnahmen gebortet.

## Locarno

(Eig. Draht.) Berlin, 6. Oktober.

Vor der Eröffnung der Konferenz gab Chamberlain den Pressevertretern einige Auskunft über die ihm obliegenden Punkte. Er jag zunächst die sprachliche Linie der Herren Stresemann und Luther und erklärte, „wenn an einem so himmlischen Stück Erde der Friede nicht gefunden werden kann, so muß er aus der Welt fortgeschoben sein“. Chamberlain hat sich nach einer Besprechung mit Stresemann über den Status der Schiedsstellen in Berlin befragt und erklärt, daß dieser wichtigen Stresemann und ihm das beste Einverständnis herrsche. Trotzdem ist er bebenlich und verliert, es würde unlang sein, vor der ersten Zusammenkunft mit der Sicherheit des Erfolges zu rechnen.

Stresemann gab den Pressevertretern ein Interview und stellt sich nach diesem den Gang der Verhandlungen etwa folgendermaßen vor: Zunächst die Verhandlungen über den wirtschaftlichen Eiderheitspakt, im Anschließ daran Verhandlungen über die Frage der öffentlichen Schiedsverträge, die vielleicht auch bereits in Locarno für ihre spätere Verifizierung durch die Parlamente reif gemacht werden können und dann eine spätere Konferenz, auf der nach Besprechung mit den Regierungen und der Genehmigung durch die Parlamente das ganze System des Eiderheitspakt und der öffentlichen Schiedsverträge zum Abschluß gebracht und unterzeichnet werden würde.

Der größte Teil der Konferenzberichte aus Locarno trägt Optimismus über den Verlauf der Verhandlungen aus. Mit Stolz wird auf die Gleichberechtigung der deutschen Delegationen hingewiesen, die nicht am Ende eines langen Abzuges, sondern an einer quadratischen Tafel Platz nehmen kann. Alle Kräfte der schwarzen Reaktion haben der Konferenz ihren Segen erteilt. In Beginn fand in der katholischen Kirche eine pompos feierliche Messe statt. Aus dem farnen offiziellen Konferenzbericht ist nur der Rufus bemerkenswert, daß einmütig heißt die Fragen des Völkerverbundes und des Eiderheitspakt zusammengefaßt seien. Stresemann wiederum befragte sich über die Verträge der Schiedsverträge, der deutschen Regierung gute Vorhänge zu geben, während er sich noch dazu auf deutschen Boden aufhielt.

Aus den eigenen Meldungen der Berliner Monatspresse geht beinahe als aus dem nichtigen ADGB-Bericht hervor, daß Luther und Stresemann alle Vorkämpferungen machen, um ihren Herren zu gefallen. Es erklärte Luther, daß die Fragen des Völkerverbundes und des Eiderheitspakt zusammengefaßt seien. Stresemann wiederum befragte sich über die Verträge der Schiedsverträge, der deutschen Regierung gute Vorhänge zu geben, während er sich noch dazu auf deutschen Boden aufhielt.

## Der erste Sitzungstag

(M.) Berlin, 5. Oktober. Der Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union meldet aus Locarno: Während man angenommen hatte, daß die Eröffnungssitzung nur etwa eine halbe Stunde dauern würde, ist es erst nach annähernd zwei Stunden zu Ende gegangen. Über den Verlauf erzählt der Berichterstatter der Telegraphen-Union, daß man sofort in die laßlichen Verhandlungen eingetreten ist. Diese Sitzung habe gewissermaßen die erste Sitzung des Eiderheitspaktvertrages vorgenommen. Am 3. und 4. trat die juristischen Sachverständigen Dr. Gaus, Fromaget, Durk, Koll und der Berichterstatter der italienischen Delegation an einer Sitzung zusammen, um die juristischen Fragen des Entwurfs weiter zu bearbeiten. Nach der offiziellen Sitzung trat zu einem gewissen Grade auch schon die erste persönliche und politische Fühlungnahme fest, so daß der Nachmittag außer durch die juristischen Verprechungen wohl auch noch durch informelle Besprechungen, der Delegationen ausgefüllt war. Von maßgebender Seite erfuhr die Deutschen, daß die deutsche Delegation mit dem Verlauf der ersten Sitzung recht zufrieden ist, trotzdem in den getrigen freien Überstunden ein heftiger Kampf um das Tempo der Anhörung vorherging. Die allerersten Delegationen, namentlich die Franzosen und Engländer, hatten, nach Informationen aus englischer Quelle, die Absicht, das Tempo laß zu beschleunigen, als gewissermaßen die Deutschen überzumpfen. Natürlich wurde diesem Versuch von deutscher Seite heftiger Widerstand entgegengefeht. Es ist anzunehmen, daß die Weiterbearbeitung der juristischen Fragen zunächst einen großen Raum der Verhandlungen einnehmen wird.

## Ein russischer Beobachter für Locarno

(M.) Berlin, 5. Oktober. Nach italienischen Wittermeldungen soll der Beobachter der Sowjetregierung, der während der letzten Wölkerverbundstagung von Gwains le Vains aus die Arbeiten der Konferenz verfolgte, sich nach Straß begeben haben, um von dort aus die Beratungen von Locarno zu beobachten.

## Gegen die Schullektion

In Braunshweig trat eine von 1000 Lehrern besetzte Verammlung eine scharfe Entschließung gegen Schieliches Reichsschulgesetzentwurf an, in der der Regierung der Bruch der Reichsverfassung vorgeworfen und erklärt wird, daß der Entwurf das Ende der Staatschule bedeute.

Nach dieser Entschließung, daß sich die Lehrerschaft noch nicht des ganzen Entzerr der Lage bemußt ist; es gilt nicht nur gegen die kirchliche Schulreform zu kämpfen, sondern gegen die kirchliche und politische Reaktion in der Schule, in welcher Form sie auch auftritt.

## Kurze politische Meldungen

Berlin. Die deutschnationale Fraktion im Preußischen Landtag hat ein Mißtrauensvotum gegen Seevering eingebracht.

Dresden. Gestern fand in Dresden eine Kolonialdemonstration statt, an der sich lediglich Parteimitglieder beteiligten. Unter schwarz-weißem Banner zogen etwa 300 bis 500 Mann bei klingendem Lied durch die Straßen der Stadt. Entgegen dem Verbot trugen alle Teilnehmer einfaches Kleidung. Dem Zuge voran marschierte eine Reichswehrpatrolle. Der sozialdemokratische Polizeipräsident hatte bestimmte Landespolsizei dem Zuge als Schutz beigegeben. Der Umzug machte einen geradezu lächerlichen Eindruck.

Dresden. Gestern fand eine Versammlung der ADGB. Rat. Die Reichsanwaltschaftverhandlung wurde mit Klagen durch den ADGB geradzwe überformiert. Eine lebhaft Diskussion zwischen den Arbeiterelementen des Reichsanwalter und des ADGB-Kameraden legte ein. Untere Genossen forderten die Arbeiter des Reichsanwalter auf, mit uns gemeinsam eine rote Front zu bilden und vereint gegen die Reaktion zu kämpfen, was scheidende Zustimmung. Zahlreiche Resolutions wurden im Anschluß daran gemacht.

(M.) Paris, 6. Oktober. Die französische Währung war gestern wieder starken Schwankungen ausgefeht. Um Vormittag bezweichnete man einen neuen Frontenfuß. Das Pfund Sterling erreichte 105,15 und der Dollar 21,71.

Damasus. Die Beschlüsse von Damaskus beging am 3. Oktober feierlich den Geburtstag des Propheten Mohammed. Die Beschlüsse in Damaskus wurden als ein Zeichen der Einheit der französischen Flugs wurde zerfallen und in den Streikentzug gemorfen. Es gab auf beiden Seiten zahlreiche Verletzte. Weitere Anzügen werden erwartet.

# Junge Pioniere, rüflet zum Jung-Spartakus Tag in Halle: 10. bis 13. Oktober!



# Aus den Verhandlungen des Ekfi über die deutsche Frage

## Die zweite Rede Sinowjens

(4. Sitzung der deutschen Kommission vom 14. August 1925)

Ich habe noch einiges zu sagen. Heute früh sagte mir ein Delegierter, eine ganz neue Situation sei geschaffen worden? Daß Russländer über die Erklärung nicht zufrieden sind, ist eine Sache, die sich nicht ändern wird. Ich muß Ihnen sagen, daß schon während der Verhandlungen wieder eine ganz neue Situation geschaffen wurde durch eine schriftliche Erklärung. Das ist Negation der Negation loszulassen. Ich weiß nicht, ob Sie diese Erklärung gelesen haben. Ich werde Sie Ihnen vorlesen.

### Erläuterung.

In der Debatte der deutschen Kommission des Ekfi vom 13. August 1925 wurden Ausführungen von mir gemacht wegen der von verschiedenen Genossen in der Form polemisiert wurde, als ob ich irgendeine die Entwicklung in der deutschen Arbeiterklasse in „peinlichlich“ einschäfe, als ob ich die Anfänge einer neuen Bewegung in den Arbeitermassen die sich u. a. auch in den großen Kampfsituationen der KPD äußert, nicht sehe oder nicht als Zeichen wiederkehrender Kampfstrat. einschätzen wollte. Ich wollte mit meinen Ausführungen lediglich das verdeutlichen, was sowohl von der Kommission wie vom Ekfi der KPD des öfteren ausgesprochen worden ist: nämlich, daß es die Hauptaufgabe der Partei ist, sich darauf zu konzentrieren, die KPD im Betrieb und in den Gewerkschaften dadurch zu stärken, daß die KPD die Führung in allen Kampfsituationen der Arbeiterklasse ergreift, daß unsere Partei diese Aufgabe nicht genügend erfüllt — und das aus einer Reihe positiver Unklarheiten heraus — und das demokratische agitatorische Moment überläßt, das organisatorische Moment unterläßt. Dieser Fehler ist natürlich ein Fehler der Parteiführung, wie das verschiedene Gelegenheiten, z. B. bei den Wahlen vorliegen, gezeigt haben.

Das ist eine parlamentarische Erklärung in einer wichtigen politischen Frage, in der entscheidenden politischen Frage. Sind wir in einem Parlament? Sollen wir einander beim Worte nehmen oder sollen wir diese schweren Probleme der Partei behandeln?

Genossin sagte die Genossin Ruth, daß in den letzten Jahren der kommunistischen Arbeiterpartei ein Wandlungsprozess vorhanden ist, daß die Massen vor der Altlastenarbeit in die Demonstrationen flüchten. Heute sagt die Genossin Ruth: Ich habe das gesagt, was schon tausendmal gesagt wurde, daß man die KPD in den Betrieben stärken muß. Was ist das alles? Entweder sieht man die Arbeiter ein, sieht man die Arbeiter nicht, sieht man die Arbeiter nicht, daß man die Einstellung ändern muß. Aber man will uns mit Papierden abspelen und sich selbst. Das ist das Schlimmste. Ruth früher ist eine Führerin der Partei. Man darf sich selbst nicht betrügen. Man muß sehen, wo man sich politisch verkehrt hat, wo man das Wichtigste nicht gesehen hat, wo man das Neue in den Verhältnissen der Arbeiterpartei nicht verstanden hat. Man kann das nicht mit einem diplomatischen Papierden abtun. Wenn Sie eine solche Einstellung hatten und wenn Sie das einsehen, sollen Sie das einsehen und nicht sich selbst betrügen. Das sind politische Mutationen, so sagen, das ist eine Kleinigkeit, ich hoffe, wir werden zusammenarbeiten. Um zu einer Zusammenarbeit zu gelangen auf Grund einer bestimmten Linie, muß man ehrlich mit sich selbst sein. Das ist die wichtigste Frage. Sie wollen die Linie in den Gewerkschaften festlegen, wenn Sie die politische Einstellung haben? Und wenn Sie das ausmerzen wollen, so nicht durch ein diplomatisches Papierden. Sie sind nicht im Reichstag, um als Ausweg zu sagen, „ich habe mich verprochen“. Das können Sie hier nicht, das ist kein Ausweg, sondern ein Beweis, im besten Falle eine vollkommene Unklarheit.

Sie haben gestern ausgeprochen das was Sie in Ihren tiefsten Zielen glauben. Ihre pessimistische Einschätzung der eigenen Partei, der Arbeitermassen, des Gebäudes der Partei.

Sie wollen das aus der Welt schaffen mit einem Papierden. Sie glauben, die Frage zu erledigen mit einem solchen Genossen, die Genossin Ruth Fischer. Genossen sind nicht teuer, dadurch werden sie noch viel billiger. Man muß doch sehen, wie schwer die Frage ist, muß mit sich selbst frei kämpfen, muß wirklich ausmerzen jene Einstellung.

Nach ein paar Worte über das Buch des Genossen Maslow. Ich habe es nicht ganz gelesen, wir haben erst jetzt einige Exemplare erhalten und haben das ein bisschen durchgesehen. Was ist das? 60 Seiten Zitate von Lenin, ein paar Seiten von Maslow hinzugefügt, was die Richtung des Genossen Maslow ist, eine Richtung, die nicht schlecht genannt ist. Aber was ist das Galt, das hinzugefügt wird? Unvollständiges Galt, loszulassen — und das soll Erklärung unserer Partei zum Leninismus sein?

Sieht man sich etwas größere Probleme an, warum sind wir nicht pessimistisch, warum soll man nicht pessimistisch sein? Ich glaube, die Situation jetzt, im Sommer des Jahres 1925, kann man erschöpfen durch folgendes: Es ist eigentlich die Frage von zwei Einheitsfronten.

Das ist ein Versuch der Bourgeoisie, eine Einheitsfront zu bilden, der besonders stark im Sommer 1925 herozentriert, und unser Versuch, eine Einheitsfront national und international heranzubilden. Die Bourgeoisie verliert gerade im Sommer 1925 die Einheitsfront, weil der Sozialismus herauszubringen und jeder versteht, daß das keine nationale Frage, sondern eine internationale Frage ist, wenn die englische Bourgeoisie einen Krieg vorbereiten will gegen Sowjet-Rußland, so ist das nicht eine zufällige Angelegenheit, sondern Sache der ganzen internationalen Bauernschaft und Arbeiterpartei. Die englische Konterrevolutionäre Partei hat den ganzen Sommer und wird das bis zum Jahre 1930, während der ganzen fünf Jahre, versuchen. Warum in diesen Jahren? Nach fünf Jahren wird Sowjet-Rußland so fest stehen und die rote Einheitsfront wird so weit vorgebracht sein, daß nur Trottel innerhalb der Bourgeoisie über diesen Versuch sprechen können.

Aber gerade diese fünf Jahre sind kritisch, weil Rußland gerade jetzt wächst und die Bourgeoisie ganz gut versteht, wenn sie diese fünf Jahre noch verpaßt, so ist doch alles verpaßt, weil auch unsere rote Einheitsfront wächst. Es sind keine einer roten und einer linken Einheitsfront, wie Sie Frage ist, welche Einheitsfront früher notwendig ist und liegt. Die linke Einheitsfront ist vorläufig nicht gelungen, das ist das Interessante. Die französische Bourgeoisie, die japanische und die amerikanische haben den Engländern nicht nur den Rücken gezeigt, sondern auch ein bisschen die Zunge. Nehmen Sie die chinesische Frage. Frankreich hat schon einen kleinen Krieg in Marokko und noch einen weiteren in Syrien. Japan wird nach Schöben heimzukehren und Amerika ist noch zu weit. Die Verbände der englischen Bourgeoisie, diese linke Einheitsfront zu vollziehen, sind vorläufig noch mißlungen. Die englische Bourgeoisie wollte eine Einheitsfront gegen Rußland. Früher spielte England eine solche Front 20 Jahre vorher, wenn es ein Land kolonieren wollte, hinter den Kulissen zu bilden. Das Interessante liegt darin, daß die englische Bourgeoisie das jetzt in fünf 20 Tagen machen möchte, was vorher erst in fünf Jahren geschehen ist. Die englische Bourgeoisie ist diesmal auf die Straße gegangen, sie hat nicht hinter den Kulissen gearbeitet. Die englischen Bankiers schreiben ganz offen, daß sie der deutschen Bourgeoisie sowohl viel Anleihe geben, wenn die Deutschen mit ihnen gegen Rußland gehen.

Also, die Diplomatie ist auch auf die Straße gegangen; das ist wichtig. Also: einerseits Verbände zu einer schwarzen Einheitsfront,

die vorläufig mißlungen sind, vorläufig, andererseits eine revolutionäre Einheitsfront. Der Dritte Kongreß im Jahre 1921 proklamierte die Einheitsfront. Der Erste Kongreß war loszulassen eine kleine Verfassung die sich formierte, mit 50 bis 60 Genossen, loszulassen — das Kommunisten. Der Zweite Kongreß stellte die tatsächliche Einheitsfront fest, im Moment, wo man gegen Polen kämpfte, wo ein anderes Tempo der Entwicklung vorgegeben war. Der Dritte Kongreß war der Kongreß der Nachkriegszeit, der uns die Taktik gegeben hat, als wir gesehen haben, daß die Arbeiterbewegung in Deutschland nicht so stark war, wie wir dachten. Warum ist das gerade im Jahre 1925, so schlimm? Weil jetzt ist die Anfänge, die ersten Erfolge der Einheitsfront zu sehen sind. Der Sommer 1925 hat bewiesen, daß die Reime der revolutionären Einheitsfront vorhanden sind. Die englisch-russische Gewerkschaftsverbrüderung ist Reim und Dornung für die revolutionäre Ein-

heitsfront. Gestern erhielten wir einen Brief aus England von einem Genossen. Es handelt sich dabei um den bekannten Einheitsfront-Genossen, der eine Kommission der Labour Party einberufen hat, die sich mit der Frage befaßt, wie die Arbeiterbewegung in Großbritannien zu fordern, daß MacDonald und die Labour Party sich gegenüber der russischen Regierung und auch persönlich bei uns aufhalten sollen und 2. was noch wichtiger ist, daß die Labour Party die Einheitsfront mit der Arbeiterbewegung in Deutschland unterstützen sollen. Gemäß, es wird nicht viel gegeben, es wird nicht viel dabei herauskommen, aber es ist doch symptomatisch für die Entwicklung der gesamten englischen Arbeiterbewegung. Interessant ist die Methodologie der Entwicklung der Partei. Die Partei wächst nicht in dem Maße an Zahl, wie wir das gewünscht sind, aber ihr Einfluß wächst ungeheuer in den Gewerkschaften und das ist der Erfolg unserer richtigen Taktik. (Zurückgehe folgt.)

## Nieder mit dem kleinbürgerlichen antibolschewistischen Geist

(Fortsetzung.)

### 4. Die Rolle der deutschen Linke

Die Genossen Rosenberg und Schölem berufen sich vor allem auf die Vergangenheit der deutschen Linke. Zunächst, vollkommen richtig, daß diese Linke ein Kern der Partei ist, daß sie den Widerstand gegen Lenin und Brandler organisiert und. Diese Tatsachen kann niemand bestreiten. Auch der Brief der Exekutive sagt ausdrücklich: „Nicht die deutsche Linke ist dankbar, sondern einige ihrer Führer. Die deutsche Linke mit allen ihren Fehlern in der Vergangenheit und in der Gegenwart, war nicht bloß ein Gruppe von einzelnen Personen, sondern ein politisches Kollektiv, das zu erfüllen. Sie sag die Lehre aus dem deutschen Oktober 1923, sie ist jenseits der Brandlerismus, sie einigte die zersplitterte Partei im Moment ihrer Wiederkehr.“

Die Plattform der Ultralinken sagt ganz etwas anderes: Sie zitiert nicht nur die Verdienste der alten Linke auf, sondern sie rüfen den Namen der bolschewistischen Revolution. Die deutsche Linke war der bolschewistische Kern der Partei. Das ist eine große Anerkennung der Partei und der Linke selbst. So richtig es ist, daß die alte Linke, die Linke von Berlin, Hamburg und das Ruhrgebiet, der proletarische, revolutionäre Kern der Partei war, so falsch und überhöht ist die Behauptung, sie wäre heretisch ein bolschewistischer Kern gewesen. War die Bolschewistische Offensivtheorie vor dem Dritten Weltkongreß bolschewistisch? War sie bolschewistisch vor den Linke gegen Lenin bolschewistisch? War es bolschewistisch, als die Berliner Bestreitung nach dem Senar Parteitag unter Führung Friedlands die Einladung der Exekutive ablehnte? War der Frankfurter Parteitag, auf dem allerdings der Brandlerismus gelassen und die Partei geeinigt wurde, bereits ein bolschewistischer Parteitag? Hatte er somit in der Gewerkschaftsfrage jene verwerflichen Konstellationen an die Ultralinken denken können deren Konsequenzen unsere Partei noch heute mit ihrem Zerfall und Blut bezahlen muß?

Gerade die besten Linke müssen ihre Rede darüber zeigen, daß sie sagen: Die alte deutsche Linke war ein revolutionärer Kern, aber sie war weit davon entfernt, bereits eine bolschewistische Gruppe zu sein.

Die Darstellung der Genossen Rosenberg und Schölem über die Geschichte der deutschen Linke ist, ganz wie die ähnlichen Darstellungen Maslow und Schölem eine Verdrehung der historischen Wahrheit. Rosenberg und Schölem sprechen ausschließlich von den Vorläufern, von den Verkörperungen der Linke. Sie sprechen mit keiner Silbe von ihren Fehlern. Der Brief der Exekutive unterzeichnete, hat gerade in ihrer Darstellung, daß er von der Linke mit allen ihren Fehlern in der Vergangenheit und in der Gegenwart spricht. Darüber schweigt die Erklärung der Ultralinken. Diese Genossen lehnen den Brief der Exekutive mit der Begründung ab:

„Der Brief des Ekfi behauptet nachdrücklich die historische Berechtigung des Kampfes der Linke innerhalb der kommunistischen Partei Deutschlands seit dem 3. Weltkongreß.“

Diese Behauptung ist unanr. Die Exekutive und die Partei bestritten niemals Augenblick — weder vorher, noch nachträglich — die historische Berechtigung und den historischen Kampf der deutschen Linke gegen Lenin, Friedland, Brandler und alle Opportunisten. Aber wir bestreiten und verneinen absolut die historische Berechtigung des Kampfes der Linke gegen den 3. Weltkongreß, gegen Lenins Einheitsfronttaktik und gegen die heutige Linie der Kommintern. Wer die Selbstkritik nicht ist, ist unanr, ein Linke zu sein und noch unwürdiger, ein Bolschewist zu sein.

Wir fordern Genossen für die Ablehnung des Briefes schreiben Rosenberg und Schölem.

„Der Brief behauptet die Linke innerhalb der KPD als ultralinke, antibolschewistisch und antimunitaristisch.“

Auch dieses Argument ist vollkommen unanr. Die Linke selbst hat bereits lange vor dem Brief der Exekutive den Kampf gegen die ultralinken Ablehnungen mit solcher Energie ausgenommen, daß sogar Maslow und Ruth Fischer gezwungen waren, sich eine Zeit lang von Schölem zu trennen. Der einzige Vorwurf, den die Linke sich machen kann, ist der, daß sie den Druck nicht früher und härter vollzogen hätten.

Die antimunitaristische, antibolschewistische und ultralinken wird nicht die Linke, sondern die engeren Führergruppen Maslow-Ruth Fischer und Schölem-Rosenberg bezeichnet. Wer diese Gruppen aber mit „der Linke“ identifiziert, begeht den gleichen Fehler, wie Genossin Ruth Meyer auf der letzten Reichskonferenz. „Die Linke“ ist das linke, Maslow, Ruth Fischer, Rosenberg, Schölem und Ruth Meyer. Die Linke ist das linke, Berlin, Hamburg, das Ruhrgebiet. Die linke Linke von revolutionären Arbeitern, die den Kern der Partei bilden. Diese Zeitgenossen von revolutionären Arbeitern haben bereits zu den Beschülfern der Exekutive Stellung genommen. Sie haben für den Leninismus und gegen den Sozialismus, antimunitaristisch sind, indem sie den Standpunkt Maslow's ablehnen. Sie haben bewiesen, daß sie nicht antimunitaristisch sind, indem sie den Standpunkt Schölem's ablehnen. Und sie werden bewiesen, daß sie nicht Ultralinke, sondern Bolschewisten sind, indem sie die kleinbürgerliche, antibolschewistische Ideologie dieser Gruppen in Studie lösigen.

### 5. Die Linke ist kein Stammtisch

Das Schlimmste an der Erklärung der beiden Genossen ist der müde Hauch des Selbstgefähens, der sich bei Stammtischreden, durch jede Zeile ihrer Plattform herausbreitet. Die Diskussion dreht sich um zwei große Probleme von gewaltiger Tragweite: Um das Verhältnis unserer Partei zur Kommintern und um den Weg zur Eroberung neuer Massen. Vom Lösung Weisen dieser Probleme führt man in dieser Plattform nicht das mindeste. Sie sagt der Partei keine neuen Aufgaben. Sie geht mit ein paar formalen, nichtfolgenden Sätzen über die Lösung dieses Problems hinweg.

Wer beschäftigt sich seitens mit den Fragen. Mit Fragen wofür? Wir wollen auch hier offen sprechen: mit politischen Fragen. Schölem und Rosenberg signalisieren uns, der Partei des revolutionären Proletariats, den zweifelnd zurückbleibenden deutschen Kommunisten, dem Zentralkomitee der KPD, und den Exekutivkomitee der Kommintern, daß sie uns in die Lage versetzen, das Problem zu lösen. Was für Gefahren? Wieviel die Gefahr, daß wir uns von den Massen trennen? Wieviel die Gefahr, daß unser Vordringen in den Gewerkschaften gehindert wird? Wieviel die Gefahr, daß wir mit der Weltpartei des Leninismus in Konflikt geraten? Wieviel die Gefahr, daß die Linke bolschewistischen Grundrisses verfallt, die bedrohliche Dinge zu „signalisieren“. Was in aller

Welt ist, in dieser konkreten Situation, die größte Gefahr für den Kommunismus? Rosenberg und Schölem antworten:

„Schon fordert man die Wiedereinrichtung der ausgeschlossenen Fraktionierung in führende Parteistellen (?). Schon ist den die durch das Mißtrauen der Mitgliedschaft von ihren Posten (!!) entfernten Mitglieder der Brandler-Zentrale an, die alten Posten (!!) und Sekretär-Apparat (!!). Der im Kern rechte Apparat und Sekretär-Apparat (!!) der Partei selbst über die Verbringung der Linke führend.“

Also die Kommintern und wir alle sind das Opfer einer falschen Fragestellung geworden. Wir denken in Theorie, die Parteiführungen ange um die Fragen der leninistischen Theorie, um den neuen Kurs unserer Gewerkschaftsarbeit, um die Veränderung unseres Verhältnisses zu den sozialdemokratischen Arbeitern, um die Einbeziehung der neuen politischen Situation in Deutschland, um die Wiedereinrichtung der Parteiführung geht um die Neubestimmung, Klärung, Eroberung und Verteidigung der Posten. Um Mittelpunkt steht weder die deutsche Arbeiterklasse, noch die kommunistische Internationale. Um Mittelpunkt steht der „im Kern rechte Apparat und Sekretär-Apparat der Partei“. Und weil wir, trotz unserer „nicht bolschewistischen Grundrissen“ glauben sind, „sich unseren Linke nach die wirklich beendenden Lebensfragen des Proletariats an den Arbeiter zu stellen und uns durch sein Mißtrauen gegenüber überlassen zu lassen, darum legen wir: „die praktischen Aufgaben der Partei und die Analyse der gegenwärtigen Situation sind im Briefe des Ekfi zwar durchaus zureichend dargestellt, aber dies — nämlich die praktischen Aufgaben und die Analyse der gegenwärtigen Situation — sind nur vorläufige Punkte der Überlegung der Kommintern, um uns den eigentlichen Inhalt der Debatte abzulösen: nämlich von uns Angehellen-Apparat“. Aus diesem Grunde rufen wir alle alten Linke „in offen Briefen“, sich nicht etwa durch die praktischen Aufgaben und die Analyse der gegenwärtigen Situation ablenken zu lassen, sondern den Standpunkt der Exekutive einhalten, um die bolschewistische Schlußfolgerung: Wir lehnen ab. Hier ist die Debatte zu führen.

Diesen Standpunkt ironisch zu behandeln, ist noch das Mindeste, was man gegenüber den Genossen Rosenberg und Schölem tun kann. Aber wäre unsere Partei schon eine bolschewistische, dann würde sie dieser Gruppe keine Stunde länger erlauben, mit solchen „Plattformen“ vor die Arbeiterfront zu treten.

Wir lehnen ab, an dieser Stelle um die Frage der Wahlen und des Sozialistenpartei einzugehen. Wir halten uns daher nicht im Angebot der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse. Darüber mögen die Organisationen unserer Partei entscheiden.

Worauf es ankommt, das ist die Erkenntnis aller, in erster Linie der Linke, und nicht zuletzt auch der ultralinken Arbeiter unserer Partei: Dieser Brief des Stammtisches muß aus unseren Reihen ausgenommen und ausgerollt werden. Wer die deutsche Linke in einem solchen Standpunkt ab betrachten will, um uns den eigentlichen Inhalt ihrer Tradition. Die deutsche Linke war kein Regiments und kein Arbeiterverein, sondern sie war die politische Richtung der revolutionären Arbeiter Deutschlands, von denen nicht wenige auf den Parteitag in Hamburg und das Ruhrgebiet ihr Leben hingeben haben. Und wir sind die Partei der Arbeiter, die die Partei zu bilden, sondern um für die Diktatur des Proletariats und für die Kommintern zu kämpfen.

Das soll eine Berliner Plattform sein? Es ist der Gedächtnisrede von Honoratioren einer hinterproletarischen Kleinheit. Die Plattform ist so klein, daß höchstens die Genossen Rosenberg, Schölem und ein Dutzend ihrer engeren Anhänger darauf Platz haben.

### 6. Der antibolschewistische Blod

Die Ueberfahrt der Rosenberg-Schölem'schen Erklärung lautet nicht: „Die Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse.“

Sie lautet auch nicht: „Die Einheit unserer Partei.“

Sondern sie lautet: „Die Einheit der deutschen Linke.“

Diese Forderung hat im gegenwärtigen Augenblick, im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Kampf der deutschen Arbeiterbewegung gegen die ultralinken Führergruppen mit dem Maslow-Ruth-Fischer-Gruppe zum gemeinamen Kampf für die linke bolschewistische Grundrissen, gegen den „brandlerischen Anhang der Kommintern“. Man kann unserer Partei dieses zumuten, aber man darf sie nicht für mehr halten. Sie hat genügend viele und genügend ferne Fraktionierung durchgemacht, um den Sinn dieses Anhangs, trotz ihrer Berührung, genau zu erkennen. Von der Höhe gehen den „roten Imperialismus“ bis zur bewußten Unmöglichkeit von der „Medizinisierung“ der Kommintern, von der Ablehnung des Ekfi-Briefes bis zum Angriff auf den „Sekretärapparat“, von den „linken bolschewistischen Grundrissen“ bis zum Mißtrauensvotum gegen das Zentralkomitee, von der „brandlerischen Abkehr“, durch alle Stufen der Entwicklung dieses Anhangs nicht für eine gemeinam Linie: die Linke des antibolschewistischen Blodes von Korf bis zu Maslow im Kampf gegen den neuen Kurs der Partei. Bei jedem Schritt, den wir tun werden, wird diese Gruppe auszuweichen. Die Brandlerier delegieren die Posten auf neue Linke, aller Gruppen vereint. Diese Gruppe ist, wie es sogar als Brandlerismus als Konstitutionspolitik und als Liquidatorium bezeichnet, wenn wir den Sozialdemokraten anbieten, bei irgendeiner Gemeindegemeinschaft die Posten zu verwalten. Sie wird sich hierin auch dadurch nicht stören lassen, daß unser letzter Parteitag in seinen Richtlinien zur Kommunitarität die Möglichkeit nicht ausdrücklich festlegte. Dieser Blod wird bei jedem Schritt weiterwachsen, bis zum Schritt zu dem Schritt, bei jedem Schritt in die Betriebe Massen rufen. Sie wird Tag und Nacht erklären: „Recht ist Brandlerismus!“

Aber die Partei ist nicht so unreif, wie diese Gruppe glaubt. Die Partei hat in sieben Revolutionsjahren einiges gelernt. U. a. hat sie gelernt, daß die Exekutive nicht aus Schrittmaßern des Brandlerismus besteht. U. a. hat sie aus vielen früheren Entscheidungslagen gelernt, daß linke Führer in den Massen, bei jedem Schritt in andere eine Garantie gegen eine sozialdemokratische Politik werden. Der Horizont der Partei ist um einige tausend Kilometer größer als der Gedächtnis des Stammtisches. Und darum wird die Partei den härteren, bewussten, rückwärtslosten Kampf gegen die ultralinken Plattform aufnehmen. Die entscheidenden Fragen dieses Kampfes lauten:

Ist die Kommintern — oder gegen die Kommintern? Bolschewistische Konstitutionspolitik — oder ultralinken kleinbürgerliche Konstitutionspolitik?

(Schluß folgt.)

**Achtung, Jung-Spartacus-Bund!**

Alle Gruppen, die sich nicht bei der Quartierkommission in Halle, Bergschloßstraße 14, angemeldet haben, müssen dies sofort tun. Quartiere werden in Halle nicht an einzelne Genossen, sondern an die Gruppen bzw. Bezirksleiter vergeben. Da ein Teil der Genossen Wohnquartiere bekommt müssen andere mitgebracht werden. Nach Möglichkeit sollen alle Genossen von am Samstagvormittag in Halle sein, da die Beiratsitzungen am 18. Oktober bekannt und für die Kinder mehrere Besichtigungen nachbereit sind. Mitbringen für die Kinder ist in Halle für 50 Pf. die Zeitung erhältlich. Sonstiges Essen muß mitgebracht werden. Die Teilnehmer am J.S.S. Tag fahren Sonntagabend zurück. Die Reichsleiteritzung ist am Dienstagmittag beendet.

Alle Gruppen müssen der besseren Einteilung wegen nach Halle kommen, mit welchem Tag sie kommen. Der Freitag darf keine Gruppe einreisen. Saunen, Kassenbesuche, Gruppenführer und für die Wohnung alle Werbematerial muß unbedingt mitgebracht werden.

J.S.S. Zentrale.

**Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle**

Heute, Dienstag, abends 8 Uhr Treffpunkt zur Abendwanderung in der Produktiv-Genossenschaft. Musikinstrumente mitbringen. Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr für Musikspiele im Zimmer Nr. 4.

Alle erwerbslosen Genossen und Genossinnen treffen sich am Mittwochvormittag 9 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft zur Demonstration mit dem J.S.S.

Donnerstag, den 8. Oktober, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft, wichtige Sitzung der Quartierkommission. Alle Genossen müssen unbedingt erscheinen.

**„Jung-Spartacus-Bund“, Ortsgruppe Halle**

Alle Mitglieder treffen sich am Mittwochvormittag 9 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft in Rauten und die Spieler mit Trommeln und Pfeifen zur Demonstration. Alles muß reiflos erscheinen.

**Theater und Konzerte**

**Arbeiter-Theater.** Auf bei heute, Dienstag, abends 8 Uhr im „Kaisersaal“ stattfindende Benefizkonzert ist ein höchst interessantes Programm. Die Hilarität der beiden Proben des Chores mit dem Schönen Chöre sprechen die Rede. Wenn man liegt, eine gute Sache fördern zu helfen, behufe das Konzert am kommenden Donnerstag.

**Städtischer Dienstag-Theater.** Mittwoch: Der Traubensack. Donnerstag: „Bajazet“. Freitag: Aufführung von „Konrad Wallrad“. Sonnabend: „Sühne“.

Die Operette des Städtischen bereitet als nächste Kunstwerk „Bajazet“ vor. Die Bajazet gehört neben Wazira zu den besten Schöpfungslinien und kommt am Donnerstag den 8. Oktober, hier zur Aufführung. Die Städtische führt Wazira führen.

**Musikverein.** Am 6. multiplizierte Morgenzeiten im Städtischen. Auch in der gegenwärtigen Spielzeit wird das Städtische 6 multiplizierte Morgenzeiten unter Leitung von Generalmusikdirektor Fritz Sauer bringen. In jedem Jahre wird jedoch ein Abonnement für alle 6 Veranstaltungen ausgeben, das neben den bekannteren Stellen eines Abonnements aus einer Preisermäßigung von 25 Prozent besteht. Die erste Morgenfeier findet am kommenden Sonntagvormittag 11 1/2 Uhr statt und ist Richard Strauss (anlässlich der Eröffnung eines „Internationale“) gewidmet. Die zweite Morgenfeier findet am Samstag, den 10. Oktober, um 10 Uhr, unter dem Titel: „Sonnenabend“ (anlässlich der Aufführung von „Internationale“) gewidmet. Sonabend (anlässlich der Aufführung von „Internationale“) gewidmet.

**Spielpläne.** Für die Spielpläne 2 wird als 1. Wert „Jahut“ am 12. Oktober gegeben. Einleitungsdatum: 20. September bis 8. Oktober. Als 2. Wert der ersten Reihe „Das Glück des Lebens“, und zwar für Spielermittel 10 am 17. Oktober (Einleitungsdatum am 20. September bis 8. Oktober) und für Spielermittel 8 am 21. Oktober (Einleitungsdatum am 20. September bis 14. Oktober). Für Spielpläne 6 „Wald und die 20 Gefährten“ am 21. Oktober (Einleitungsdatum: 20. September bis 12. Oktober). Der Spielzeit für 2 wird noch bekannt gegeben. Als 2. Wert der zweiten Reihe „Jahut“ für Theatergemeinde 10 am 10. Oktober (Einleitungsdatum am 20. September bis 8. Oktober). Für Theatergemeinde 8 und 3 „Zambardi“ Anfang 7. Oktober, und zwar für 8 am 3. Oktober, und für 3 am 8. Oktober (Einleitungsdatum am 20. September bis 10. Oktober). Der Spielzeit für 2 wird noch bekannt gegeben. Der letzte Jahngangstermin für die 2. Rate der Kongressgemeinde ist auf den 10. Oktober angesetzt.

Nachdem kann das zweite Kammerstück eingeholt werden. Kennzeichnungen für das Städtische, das Kammerstück und die Städtischen Einleitungs-Konkurrenzen werden täglich von 9 bis 1 1/2 Uhr und 3 bis 5 Uhr in der 60-61 Straße 3070 entgegengenommen.

**Arbeiter-Sport**

Arbeiter-Sportlerverein Halle-Vormittag. Am Donnerstag sehr wichtige Kartellung. Alle Delegierten und Vorstände der Vereine haben zu erscheinen, da für unter anderem Zusammenarbeiten Schlichtung erfolgt werden muß.

**Wrestling.** Am Samstag, den 17. Oktober, findet im öffentlichen Saal Arbeiter-Rauberei „Solihair“ im Werkbestand statt. Es werden mit der Gruppe „Kulturbau“, Böhlen (Weg-Müller), Seiden, Wäglin, Jette, Mitterlehn und Böhlen.

**Konzertkommission.** Die Konzerte der Ortsgruppe Halle. Die Gedenksängeraktion am Mittwoch muß wegen Verhinderung des Referenten verlegt werden. Dafür Vertretungsmöglichkeit in der Jugendabteilung.

**Neues aus aller Welt**

**Bei den „Gottlosen“**

Auf dem Ofern 1925 in Westfal hatgehobenen Einheitskongress der „Gottlosen“ (Arbeiter) waren 150.000 Mitglieder vertreten. Der Kongress war die Geburtsstätte der „Sozialistischen Gesellschaft der Gottlosen“, die im Sommer 300.000 und im August bereits 450.000 Mitglieder zählte. Die Gesellschaft ist der proletarischen Arbeiter-Internationale angegliedert, die in diesem Jahre auf dem Kongress in T e p l i g (Tschekoslawakei) gegründet wurde.

**Tunneleinfahrt in Amerika**

Richmond (Virginia). Der Westschiffbau des Tunnels auf der Eisenbahntrasse Chesapeake-Diplo führte ein. Im Augenblick des Anglähdes befinden sich 50 Mann in dem Tunnel. Es wird befürchtet, daß viele von ihnen getötet wurden.

**Augen auf!**

**MAGGI'S Fleischbrühwürfel**

tragen auf der rot-gelben Packung den Namen **MAGGI**  
Andere Würfel stammen nicht von der Firma **MAGGI**

**Kleine Anzeigen**  
haben im Staffeldamp  
**Große Wirkung!**

**K.P.D.**

Bezirksamtes in Halle-Vormittag  
Kassen a. Halle, Verbandsrat 14 Rembrandtstr. 17  
Kassen a. Halle, Verbandsrat 14 Rembrandtstr. 17  
Kassen a. Halle, Verbandsrat 14 Rembrandtstr. 17

Unterstützung Halle-Genossenschaft  
Dem 6. Oktober, abends 8 Uhr, in „Kaisersaal“ zu einer wichtigen Sitzung.  
Wichtig, Programm. Am Mittwoch, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft.

**Kaisersaal.** Konzerte, Musikalische Darbietungen. Gemeinsame Mitglieder-Versammlung am 8. Oktober, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft. Tagesordnung: Bericht der Städtischen Quartierkommission. Musikinstrumente mitbringen. Referent der Städtischen Quartierkommission.

**Produktiv-Genossenschaft.** Besondere Nachtbesprechung am 7. Oktober, 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft. Tagesordnung: Mitglieder-Versammlung am 8. Oktober, 8 Uhr, in der „Städtischen Halle“.

**Wald und die 20 Gefährten.** Mitglieder-Versammlung am 8. Oktober, 8 Uhr, in der „Städtischen Halle“.

**Kaisersaal.** Mitglieder-Versammlung am 8. Oktober, 8 Uhr, in der „Kaisersaal“.

**Kaisersaal.** Mitglieder-Versammlung am 8. Oktober, 8 Uhr, in der „Kaisersaal“.

**Kaisersaal.** Mitglieder-Versammlung am 8. Oktober, 8 Uhr, in der „Kaisersaal“.

**Kaisersaal.** Mitglieder-Versammlung am 8. Oktober, 8 Uhr, in der „Kaisersaal“.

**WALHALLA**

1. bis 15. Oktober  
100 Sontormortale in 100 Stunden  
**Ryan und Burde**

**KATHE MANN**  
Bürgertheater Wien

**Herm. Weiktrum**  
bekannte Verbandsmitglied

**Nicol u. Martin**  
Amerikanische Musik 2320

**Torino**  
der Meister-Johannbräu

**Mies in Schimmer**  
Walden-Truppe

**Gary Hartwell**  
Centronics

**Len Morris**  
Multi-Dimitator

**Strohmore**  
amerikanischer Jazz-Strait

**Zeitungsträger**  
für Jappendorf per sofort gesucht. Meldungen bei Emil Wagner, Jappendorf

**Kartoffeln**  
für den Winterbedarf  
hochschiefe gelblichweiße und andere gut folgende Sorten  
empfehle ich preiswert 3212

**K. Erbe, Kartoffel-Großhandel**  
Magdeburger Str. 67, am Neudamm

**Rechtliche Hilfe**  
Prozess für Dienstag bis Donnerstag, den 8. Oktober 1925  
Berühmtes Geld (25 Pf.)  
3 Wte nach einer Erklärung von  
W. H. Jacobs, Ferner  
„Jahut“ als Petroleumdübel  
Eine Parallele in 3 Lagen Altkorn mit dem alligen „Jahut“  
Anfang 8 Uhr 1906 - Anfang 8 Uhr

**Reinwittenberg - Bickert**  
Wir werden jedem Kunden bei einem Einkauf von 10 Pf. eine Voll-Autofahrt nach Berlin, St. Vittenberg, Wittenberg (Markt) einen Einkauf von 20 Pf. eine Voll-Autofahrt nach Berlin, St. Vittenberg, Wittenberg (Markt) und am 16.05. Das eine Bilet ist vorzulegen.  
**Kaufhaus B. Rinkof & Co.**  
Wittenberg, Markt 9

**Haustfrauen!** Kauf nur bei uns an! Informaten!  
Mehrarbeit und Reparaturwerkstatt  
Sternengäßchen mit Gummihölzer v. 5 Pf. an  
Damenhölzer m. Gummihölzer v. 4 Pf. an  
werden sauber ausgeführt  
**Schuhmacher Franz Hoffe**  
Zeih, Neumarkt Nr. 33 1001

**Jede Druckfrage**  
die im Geschäft wie Betriebsverhältnisse  
Schlichtung und die Druck- und  
Kundendienst (Produktiv-Genossenschaft)  
Halle a. d. S., Bergschloßstraße 14. Es  
ist  
das Beste der Firma, schnellsten  
sichergestellt und preiswert zu  
bekommen. Die Druckergewerkschaft  
bringen den besten Beweis, daß  
immer noch  
der Geschäftsstand wie die Betriebe  
den Verhältnissen anpassen, durch  
die Wirtschaftspolitik die Druck-  
einrichtung, seinen Kollegen der  
GK und stellen daher noch immer  
das beste  
Werbungsmitel

**Empfehlenswerte Literatur**  
der  
Bezirks-Zentralbuchhandlung  
Halle a. d. S., Bergschloßstraße 14  
und deren auswärtigen Filialen

**Politische Literatur**

Bericht: Hauptamtliche Werte  
Verst. vom 5. Weltkongress, 2 Bände, gebd. 3,00 Mfr.  
geb. 12,00

Um den Oktober 1917, ein Sammelbuch, brosch. 15,00

Die Organisation der Betriebsräte, Organisationsfragen und Beschläufe des V. Weltkongresses brosch. 0,75

Der neue Kurs, Material zur Parteibildung, brosch. 0,50

Heinz Neumann: Was ist die Offensiv gegen den Leninismus, brosch. 0,50

Kosmopolit: Die englisch-russische Genossenschaftsbewegung, brosch. 0,20

Die Reorganisation der K.P.D., Beschläufe des X. Parteitages, brosch. 0,20

**Schönegeistige Bücher**

John Dos Pallos: Drei Soldaten, gebd. 3,20 Mfr.

Termin: Der Pfiff um die Ecke, gebd. 3,00

Germer: Die Tigerin, gebd. 2,75

Einclair: Der Lump, gebd. 3,20

Erzählungen verschiedener Autoren, gebd. 0,70

**Bezirksamtes des „Rote Frontkämpfer-Bund“**

Am die Ortsgruppen der Interdisziplinären Wittenberg, Städtische, Genossenschaft, Merseburg, Wertheimer, Genossenschaft! Die Ortsgruppen, welche zum roten Tag in Wittenberg den Vortrag abgeben werden, müssen dies sofort, spätestens aber bis Donnerstag abend, dem Geschäftsleiter melden. Fahrpreis ab Halle 2,10 Mark.

**Ortsgruppe Halle**  
Mittwoch, den 7. Oktober, pünktlich abends 8 Uhr, in „Kaisersaal“, großer Saal, große Mitglieder-Versammlung. Eine Mitgliederliste wird verteilt. Schlußmeldung bis Freitagabend 8 Uhr, in der „Städtischen Halle“.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung am 8. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Städtischen Halle“.

**Merseburg.** Mitglieder-Versammlung am 8. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Städtischen Halle“.

**Wertheimer.** Mitglieder-Versammlung am 8. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Städtischen Halle“.

**Genossenschaft.** Mitglieder-Versammlung am 8. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Städtischen Halle“.

**Textilwaren-Preissenkung**  
**Kleiderstoffe**  
in Reinwohle, Sals u. Baumwolle  
in zeitlich, modernen Mustern  
bis auf weiteres zu günstigen Preisen  
- nur Qualitätswaren!

**Mar Gottwald, Zeit**  
Etagengeschäft, Donatsstr. 39

**Spendet i. d. „Rote Hilfe“**

Belohnen und Betriebsstand-  
aufnahme in der Stadt Zeitz  
am 10. Oktober 1925

a) zur Reichs-Einkommensteuerent-  
lastung für 1925  
b) zur Unterstützung der Steuerhül-  
fen für 1925

Den Spasibelnern werden in den  
nächsten Tagen Wohnungshilfen zur Auf-  
nahme des Belohnens- und Betriebs-  
standes gegeben

Wir erlauben, die Spasibelnern  
in der Höhe von 10 Mark, abends 8 Uhr,  
dem Stamme von 10 Oktober 1925  
tätig ausfüllen zu lassen. Die genaue  
Ausfüllung der Spasibelnern ist  
unabhängig von der Steuerhülfe richtig  
auszufüllen zu können und um die  
Belohnungen zu erhalten. Vom  
12. Oktober an erfolgt die Abholung der  
Hilfen und zwar bis die dem Spasibelnern  
beliebig gemeldet bereitgehalten.  
Zeitz (Sa), den 5. Oktober 1925  
Der Magistrat

**Zuverlässiger**  
**Zeitungsträger**  
für Langendorf gesucht. Zu  
melden beim Genossen Schilling,  
Dbergreifau 51

**Henkels Seifenpulver**

Ein Seifenpulver wie es sein soll - fetthaltig und von höchster Waschkraft. Die große Ergiebigkeit dieses Seifenpulvers sichert sparsamstes Waschen. Für Maschinenwäsche hervorragend geeignet.

**Das Beste**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Lebenshilfe sind Ihnen und Ihren  
Einkäufern herzlich Dank. Das  
Beste, was für jene zu haben werden  
kann, ist die Freude der Preissteigerung  
für jene, die sich in der Lage befinden,  
den besten Beweis, daß  
immer noch  
das Beste  
Werbungsmitel



# Die Gewerkschaften im Betrieb

## Die Gewerkschaftsfrage im Betrieb Faule Argumente — Der richtige Weg

(Arbeiterkorrespondent)

Das erste Stadium, dem wir uns im Verlauf des Offenen Briefes der Exekutive zu unterziehen haben, ist wohl das der genauen Einstellung der Arbeitermassen, ihres Verhaltens in dem Betrieb und ihrer Meinung zu den politischen Ereignissen und den Organisationen, die das politische Leben mehr oder weniger berühren. Vorliegender Artikel soll vor allem einen sehr wichtigen Punkt herausheben, und zwar die Stellung der nichtorganisierten Arbeiter zu den freien Gewerkschaften. Ich schreibe dabei aus mehrjähriger Erfahrung.

In einer Betriebsabteilung war durch die Rührigkeit eines kommunikativen Genossen, der dort Vertrauensmann war, alles reiflos organisiert. Dann kam ein Sonderfall in dieser Abteilung. Seine Hauptaufgabe bestand darin, die Kollegen dazu zu machen, daß durch ihre Beitragsleistung in den freien Gewerkschaften nur die Bonzen gemindert werden, während die Beitragszahler dann zum Lohn von ihnen an die Kapitalisten verraten würden. Da die freigeberischen Betriebsräte mit diesen Bonzen durch die Hand gingen, spielten sie die Rolle des Vertrauensmannes, und die kommunikativen Betriebsräte konnten gar keine Ausnahme machen. Da der Sonderfall aber und routinierter war als unter Genossen, erfolgte nach kurzer Zeit prompt die Flucht aus den freien Gewerkschaften. Die kameradschaftliche Disziplin, die bis dahin unter den Kollegen vorhanden war, und der bisherige Kontakt zwischen unseren Genossen und den Kollegen seiner Abteilung wurde gelöst. Was der Sonderfall den Kollegen eingebracht hatte, bekehrte sie jetzt gegenüber unserem Genossen als Schlagwort: Die Gewerkschaften tun nichts, die Betriebsräte haben noch nie etwas getan, beide spielen die Rolle eines Verräters an unseren Interessen und die Bonzen müßten sich von unseren Genossen.

Dessen ungeachtet wandten sich die Kollegen mit ihren Beschwerden nach wie vor an unseren Genossen, der unbedacht aller Angriffe seine Pflicht tat und nach besten Kräften sich bemühte, Uebelstände zu beseitigen. Die Kollegen ließen sich durch dieses Beispiel aber nicht überzeugen, sie sagten: „Das ist selbstverständlich, was er er denn eigentlich hat?“ Stellten sich aber bei Forderungen der Genossenschaft heraus, die mangels einer Organisation nicht zur Zufriedenheit der Kollegen erfüllt werden konnten, so sagten sie: „Wir haben es ja immer gesagt, daß die Gewerkschaften und die Betriebsräte für uns nichts tun.“ Daß sie trotz alledem den gewerkschaftlichen Vertrauensmann in Anspruch nahmen, zeigt aber, daß sie im Grunde anders fühlten und dachten als sie sprachen.

In einer anderen Abteilung haben die Sonderfälle ebenfalls einigen Einfluß. Hier operierte man mit dem Schlagwort:

„Wir brauchen keine Gewerkschaften und auch keine Betriebsräte, wir erleben unsere Unannehmlichkeiten selbst.“

Wenn ein Kollege verstand, die Kollegen von der Unrichtigkeit ihrer Ansichten zu befreien, so wurde er mit obigen Schlagwörtern gehörig herumgeranzelt. Die wenigen Genossen, die in dieser Abteilung für die freien Gewerkschaften agitierten, wurden von der Betriebsabteilung ganz besonders aufs Korn genommen, denn der war die Zersplitterung der Delegation nur sich. In dieser Abteilung brachen dann ganz plötzlich aber bei Forderungen der Genossenschaft heraus, die mangels einer Organisation nicht zur Zufriedenheit der Kollegen erfüllt werden konnten, so sagten sie: „Wir haben es ja immer gesagt, daß die Gewerkschaften und die Betriebsräte für uns nichts tun.“ Daß sie trotz alledem den gewerkschaftlichen Vertrauensmann in Anspruch nahmen, zeigt aber, daß sie im Grunde anders fühlten und dachten als sie sprachen.

In einer Reparaturabteilung wieder, wo Metallarbeiter tätig sind, war ebenfalls eine Anzahl Kollegen für den Eintritt in eine Organisation nicht zu bewegen. Auch hier hieß es: „Wir brauchen keine Organisation, die tut ja doch nichts.“ Doch es kam bald anders. Eine Gruppe ließ sich zu Handlungen verleiten, die durch die mangelnde Organisation noch verschlechtert wurden, seine Erfolge bringen. Die Meinung der Kollegen bei Wiederaufnahme der Arbeit war also: „Wir sind wiederum verraten worden.“ Aber es wurden auch gewerkschaftlich organisierte Kollegen kurze Zeit darauf nach einer anderen Betriebsabteilung überführt, von den Unorganisierten feiner. Wer wurde bemerkt verraten?

In einer Reparaturabteilung wieder, wo Metallarbeiter tätig sind, war ebenfalls eine Anzahl Kollegen für den Eintritt in eine Organisation nicht zu bewegen. Auch hier hieß es: „Wir brauchen keine Organisation, die tut ja doch nichts.“ Doch es kam bald anders. Eine Gruppe ließ sich zu Handlungen verleiten, die durch die mangelnde Organisation noch verschlechtert wurden, seine Erfolge bringen. Die Meinung der Kollegen bei Wiederaufnahme der Arbeit war also: „Wir sind wiederum verraten worden.“ Aber es wurden auch gewerkschaftlich organisierte Kollegen kurze Zeit darauf nach einer anderen Betriebsabteilung überführt, von den Unorganisierten feiner. Wer wurde bemerkt verraten?

Es ist mir dieser verschwinden, dann können sie auch wieder in die Organisation; sie hätten zu ihm kein Vertrauen und wünschten einen anderen an seine Stelle. Auf den Hinweis, daß doch schließlich diese Unausbezahltheit die Revolution in ihrer Entwicklung stütz; aufhalten könne, blieben sie bei ihrer Behauptung, und auch das Argument, daß sie ihn befehligen müßten, half nichts.

Andere Kollegen sagen, sie könnten infolge ihrer harten Familie die hohen Beiträge nicht aufbringen.

Dann müßten sie ihre Familien noch mehr darben lassen als bisher. Sagt man ihnen, daß doch gerade eine große und starke Organisation in der Lage sei, durch erfolgreichen Kampf das Los der Familie zu erleichtern, so hört man dabei auf sehr hartes Mißtrauen. Andere sagen furchend: „Wir können es einfach nicht.“ (Beiträge zahlen.)

„Gründet erst Industriergenossenschaften, dann haben wir die Gewähr, daß es anders wird“, ist auch oft ein Argument. Fragt man die Kollegen jedoch nach dem eigentlichen Wesen dieser Organisationsform, so vermögen sie kaum Nützliches darüber zu sagen. Das ist ein Zeichen dafür, daß das Argument „Industriergenossenschaft“ nur als Schlagwort in ihren Köpfen haftet.

Wieder andere Meinungen lauten dahin aus: „Beseitigt erst einmal die Überlöhner und schmeißt die Überlöhnerbändel aus dem Betrieb.“ Beseitigt die großen Lohnunterstützer oder sorgt dafür, daß die Gewerkschaftsbesitzer nicht mehr Lohn bekommen als wir, damit sie erst einmal am eigenen Leibe verspüren, wie schlimm es mit uns steht.“

Wie weit die Vereingemommenheit gegen die Gewerkschaften geht, geht weiter aus einer Mitteilung hervor, die mir ein Genosse kürzlich machte. Er wollte einen Kollegen in die Gewerkschaft hineinbringen, und was antwortete dieser Kollege nach langem Hin- und Her? „Schön, ich bezahle meine 85 Pf. die Woche. Aber nach Empfang der Beitragskarte werde ich diese sofort vernichten, denn in die Gewerkschaft gehen ich nicht hinein.“

### Wie die Unfallverhütungsvorschriften in den Bitterfelder Betrieben beachtet werden

Kaum sind einige Tage seit dem tödlichen Unfall in der Autin-fabrik Witten verstrichen, so wurden mir schon wieder einen Unfall mit tödlichem Ausgang, der Bitterfelder Arbeiterhaftig mitleiden. Dieses Mal geschah es in der Säurefabrik.

Der Wüßrige Schloßer Wange wurde vom Meister Werner beauftragt, an einer Rüstung eine Arbeit vorzunehmen. Sämtliche Bohlen der Rüstung waren vollständig durchföhrt, wodurch das Holz sehr leicht zerbröckelte. Die Rüstung, welche von einigen Arbeitern bebaut wurde, trat ein, der Schloßer Wange, der in 8 Meter Höhe seine Arbeiten ausführte, klappte durch Zerbrechen einer Bohle aus dieser Höhe ab und stürzte nach schwerer Verletzung auf dem Transport zum Kranstausch. Die Schuld und Verantwortung an dem Unfall trifft voll und ganz die Werks- oder Betriebsleitung, denn es wurden immer nur alte durchgeföhrt Bohlen verwendet. Nach dem Unfall wurden sofort neue Bohlen angeschafft, womit er wiesen ist, daß die Leitung sich selbst schuldig bekennt. Oder will man veruchen, dem tödlich Verunglückten eine Unvorsichtigkeit zu unterchieben? Wenn sich die Gewerbeinspektion trotz doreverer Unfälle nicht um die Sicherheit des Lebens der Arbeiterhaftig bemüht, so müssen die Betriebsräte es zu mehr tun. Wir wissen, daß man dem Betriebsrat mehr in der Routine als im Betrieb antreffen kann. Mit diesen Worten wird ein ernstes Wort zu sprechen sein. In den meisten Werken befallen sie sich mit dem Verkauf von Arbeits-unfällen oder haben zumeist ihre Hand mit im Spiel.

Arbeiter von Bitterfeld! An Euch alle ergeht der Ruf, organisiert Euch in den freien Gewerkschaften. Ihrft Euch durch eine massenhafte Organisation belleren Lohn, Arbeitszeit und Schutzvorrichtungen. Seht Euren Betriebsräten auf die Finger, und wenn sie Euch nicht so vertreten, wie es sich für ehrliche Arbeiter gehört, dann wählt Euch nächstes Mal bessere Vertreter.

### Lehrlingschinderei bei der Firma Homberg, Zeil

Bei der Firma Homberg, Pianofortefabrik, Zeil, werden die Lehrlinge schlimmer behandelt als das Vieh. Bei dem kleinsten Vergehen, das sich die jugendlichen Arbeiter zuschulden kommen lassen, werden sie von den sie beaufsichtigenden Meistern mißhandelt. Besonders brutal zeigt sich dabei der Meister Kuppig.

Da die Firma den Lehrlingen von dem Lohn, den sie nicht haben, keine Lohnstrafen abziehen kann, so hat man andere Mittel ausgedacht. Man löst Lehrlinge, die sich nach Meinung der Meister etwas zuschulden kommen lassen, kurz vor Arbeitslohn mit einem ungewohnten Gehalt Gehlohn an. Dort müssen sie dann ein bis zwei Stunden am Hofstam stehen und die Arbeit erledigen. Da keine Firma parat dadurch regiert das Geld für eine Arbeitslohn, und die Lehrlinge haben das Vermögen, nicht nur 9, sondern 11 und 12 Stunden zu fressen.

Es wäre wohl angebracht, wenn sich der Betriebsrat etwas mehr um die Lehrlingschinderei kümmern würde. Denn die Lehrlinge gehören auch zum Betrieb und sind nicht dazu, sie mit sich Schindeluder spielen zu lassen. Die Jungarbeiter selbst müssen sich klar darüber sein, daß sie in die rote Front, in die freien Gewerkschaften und in den kommunikativen Jugendverband gehören.

### Zigarrenfabrik Karl Weiße, Zeil

Seltene Zustände herrschen in der Zigarrenfabrik Karl Weiße, Schützenstraße, in der sechs Frauen und einige Jugendliche beschäftigt werden. Eine geregelte Arbeitszeit kennt man in dieser Fabrik überhaupt nicht; der Arbeiter löst anfangen und aufhören, wie es ihm gefällt. Die größten Schwierigkeiten gibt es immer am Freitag bei der Lohnzahlung, da der Herr Weiße meist nirgendwo anzutreffen. Die armen Frauen müssen sehen, wo sie etwas herbeschaffen. Sonnabends müssen sie dann nach Arbeitslohn in seine Wohnung gehen, um die paar Beziehpennige abzuholen. Dort wird ihnen erklärt, daß kein Geld da sei, sie müssen Zigarren dafür Geld nehmen. Wenn die Arbeiter nicht ganz und gar von ihrem sauer verdienten Lohn geprellt werden wollen, so müssen sie die

Die Grundursachen dieses Meinungsdivergierens sind etwa folgende:

1. Mißtrauen gegen den Organisationsgedanken und seine Konsequenzen aus Grund schlechter Lebenslage und Erfahrungen.
2. Mißtrauen gegen die freien Gewerkschaften und ihre Einrichtungen durch fargelehrte Abföhrungen.
3. Großes Interesse für neue, noch nicht bagewaltene Organisationsformen, die alle bisherigen schlechten Erfahrungen ausgeschaltet haben, wobei manchmal eine Organisation ohne Bonzen und auch ohne Beiträge das Ideal zu sein scheint.
4. Geistliche Tendenzen mit der Meinung, daß man sich bei einiger Intelligenz auch ohne das Zutun anderer durch das Leben schlagen und daher auf eine Organisation verzichten könne.
5. Beitragsdrüßerei, die aber selten zugegeben wird. Daher außerordentliches Föhrn auf möglichst viele Schlagworte gegen die freien Gewerkschaften, um in gegebenen Fällen genügend Gründe anzuföhren zu können, die die Beitragsdrüßerei verschleiern sollen.
6. Bewußter oder unbewußter Stumpfsinn.

Aber wir geben die Hoffnung und Mühe nicht auf. Die durch die Zersplitterung gemachten Erfahrungen führen auch alle unsere Anti-gewerkschaftler noch zurück in die Organisation, und sie werden sich doch eines Tages legen, daß der Genosse Lojewitz recht hatte, als er uns auf dem 5. Weltkongreß noch einmal wieder klar machte, daß von nichts nichts kommen kann und daß wir alle helfen müssen, unsere indifferenten und SPD-Kollegen zu solchen Kämpfern zu machen, daß wir auch über die Sabotage reformistischer Führer hinweggezeiten.

### Die deutliche Arbeiterdelegation über die Betriebschule der Rutilow-Werke

Zigaretten in Empfang nehmen und schlagen sich herum, daß sie die Zigaretten loswerden, um sich etwas dafür zu kaufen. Auch über die letzten Beiträge hat Herr Weiße eine ganz besondere Auffassung. Wenn es nach ihm ginge, müßte jeder Arbeiter die Krankentagebeiträge selbst bezahlen. Schon 11 verurteilt er dies durchzuführen, doch hatte er dabei kein Glück. So verurteilt dieser Krauter, die Frauen mit allen Mitteln auszubuten, um seinen Betrieb aufrechtzuerhalten. Wir sind der Ansicht, daß es besser für ihn wäre, er seine Fabrik zu machen, anstatt mit den schätzlichen Mitteln seines Wirtens auszubuten. Letzten Endes müßte auch er in die proletarische Klasse gehören und sollte dann auch wirklich mit den Arbeitern mitkämpfen gegen das bankrotte kapitalistische System.

### Die deutliche Arbeiterdelegation über die Betriebschule der Rutilow-Werke

(Schluß)

Lehr- und Lernmittelfreiheit: In der Betriebschule der Rutilow-Werke sind in diesem Jahre 500 Rubel zur Verfügung gestellt worden zur Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln. Will sich ein Schüler genauer mit den Dingen beschäftigen, so kann er Bücher aus der Bibliothek entnehmen. Manchmal sammeln die Schüler auch freiwillig Gelder. Das dafür Gekaufte bleibt Gemeineigentum.

Stufenmittel: 1. Tafel. Der Zentralführer erteilt dem Schüler einen Tafel. Das zweite Mal überträgt man dem Schüler dem Lehrer zur Aufsicht, unter Umständen auch einem älteren Schüler. Das dritte Mal wird der Schüler aus der Schule entlassen. Im letzten Jahr ist niemand entlassen worden. Im vergangenen Jahre erfolgte eine Entlassung wegen Diebstahls.

Das die gemaußliche Ausbildung anbelangt, so ist zu bemerken, daß ganz besondere Zurechnungen veranfaßt werden, die auf die besonderen Bedürfnisse und Arbeitsbedingungen der Metallindustrie ausgerichteten sind. Vor Beginn der Arbeit gelangen solche Übungen zur Ausführung, die die während der Arbeit zu gebrauchenden Mustern veranfaßt, nach Schluß der Arbeit werden folgende Übungen veranfaßt, die die während der Arbeit nicht gebrauchten Mustern trainieren.

Die Beschäftigung der Schule und der praktischen Arbeiten der Schüler zeigte geradezu glänzende Ergebnisse. Vor allem leuchtete aus der ganzen Schule eine klare und systematische Theorie hervor. Für den Geist der Schule ist die Infschrift auf der dem Betriebsrat der Rutilow-Werke gestifteten Schüleraufnahme bescheidend: „Kraftiger an der Arbeitsecke, tiefer ins Buch, höher die Fahne Lenins!“

Die Beschäftigung des Laboratoriums erstreckte sich auf ein technisches und ein medizinisches Laboratorium. In ganzen sind im Rutilow-Werk 17 Laboratorien vorhanden. Das Programm in den Laboratorien ist: Allgemeine Studien zu betreiben. Die Betriebschule eröffnet seit vier Jahren. Die Laboratorien erst 14 Jahre, dennoch zeitliche die Beschäftigung eindruckliche Ergebnisse. Der größte Teil der Studenten der Laboratorien ist von den Schülern selbst hergestellt worden, auch die Reparaturen werden selbständig ausgeführt.

Rochiß, Stephan, Prof. Hiltes, Mand. Bert. Senger, Schüler.

### Gegen den Horthy-Terror

In allen Teilen Deutschlands protestiert die Arbeiterhaftig gegen die gräßlichen Methoden der Horthy-Politik, die sie an den verhafteten Arbeitern anwendet.

Die freigewerkschaftlichen Betriebsräte und der Ortsausföhrer der freien Gewerkschaften Euf und Umgegend haben an die ungarische Regierung folgendes Telegramm gerichtet:

„Vereinigte Betriebsräte von Euf und Umgegend und Ortsausföhrer des ADGB, die 12 000 Anführerarbeiten vertreten, protestieren aus schärfte gegen die Mißhandlungen an politischen Gefangenen und fordern Einstellung der Mißhandlungen, Nicht-vollziehung von ewigen Lebensurteilen, Freilassung von Kozsi und Genossen.“

# Halle und Saalkreis

## An alle Ortsgruppen des Bezirks!

Woch nach in diesem Jahre war die Nachfrage nach unseren Vorträgen so groß wie in keinem Jahre. Wir erlauben die Ortsgruppen vor dem nächsten Herbst noch einmal und noch mehr Bedarf vorhanden ist, so den benötigten Kalender bei uns anzufordern. Dies wird sofort geschehen, damit wir eine zweite Auflage in Druck geben können.

Sollte es möglich ist, daß alle übriggebliebenen Kalender auf dem nächsten Wege an uns eingehend werden, damit eine anderweitige Verwendung möglich ist.

Verantwortung: AFD, Abt. Halle.

## Achtung, Parteimitglieder!

Die für diese Woche geplante allgemeine Mitglieder-Versammlung kann leider wegen Sachverhältnissen nicht stattfinden. Ueber das Entschieden werden wir in der Woche rechtzeitig Mitteilung machen.

## Kampf um die hallische Zibel

### Angriff der Muder auf die Grundschule

Die evangelischen Muder tun so, als ob sie mit dem Konfessionsrat nicht einverstanden wären, weil sie die Herrschaft der Kirche über die Schule vermissen. In Wirklichkeit sind die Proteste aus dem Mangel an gewissen Gründen heraus, nämlich mit Bürger darüber, daß man so weit wie das Zentrum noch nicht gedrungen ist. Im Grunde genommen wollen die evangelischen Pfaffen nur selbst die Herrschaft über die Schule antreten. Sie unterscheiden sich von den katholischen nur dadurch, daß sie das Ziel in Gruppen zu erreichen trachten.

Einwilligen wollen sie die Bedürfnisse der Kirche und Konfession im Schulwesen vertreten. Die Religion soll in Zibel und Schulbuch verankert werden. Deshalb nicht in denen für höhere Schulen; die sollen interkonfessionell bleiben. Die Bücher der Volksschule nimmt man auf Korn. Dem Volke muß doch die Religion erhalten bleiben. Und ausgerechnet Halle haben sich die evangelischen Muder zu ihrem Vorstoß erlaubt. In der letzten Grundschule wird jetzt eine Zibel „Gallo“ benutzt. Dieser Zibel haben sie Zustimmung eingeholt, der hallische Lehrerverein hat die Arbeit preisgegeben, die Regierung in Meiningen hat die Genehmigung zur Verbreitung in den hallischen Schulen. Demnach wurde ein neues Schulbuch für die Unterstufe der Grundschule eingeführt. Ein radikaler Versuch mit dem Altens Verfallten, dabei die Bücher natürlich keineswegs. Die Verfallten sind keine Umkleisier. Der hallische Lehrerverein ist ebenfalls weit von der Sache entfernt, wie sie sind die Schulbeurteilung der Meiningen Regierung ist noch heute reaktionär, wenn auch die deutschnationalen Reaktionen aus ihr zum Teil vertrieben sind. Sie alle geben den neuen Büchern ihren Segen. Doch den Befehl der Muder fanden sie nicht.

## Liebliches Gelächte

Es macht immer mal wieder Spaß zu hören, was die evangelischen „Mädler“ hinsichtlich der Grund- und Volksschulen mitteilen. Diese Worte werden Loblieder auf den erfolgten Preisabbau (von dem man nichts gemerkt hat) erhalten — nämlich verbunden mit Wünschen und Behauptungen der „Allgemeinen Zeitung“, die den Kohl abdrückt.

## Deutliches Helmuten

### oder: Wo heken die Krämerseelen?

Es gibt in Halle eine ganze Anzahl Firmen, die bei jeder Gelegenheit die schwarzweiße Tracht heraushängen, um zu beweisen, daß sie Arbeiterfreundlichkeit nicht wünschen. Es gibt aber auch eine Firma, die immer in kalter-Gewissens-Stimmung die schwarze Tracht anzieht, die immer in kalter-Gewissens-Stimmung die schwarze Tracht anzieht, die immer in kalter-Gewissens-Stimmung die schwarze Tracht anzieht.

# Jung-Spartatus kommt nach Halle!

## Arbeiter und Arbeiterinnen!

Vom 9. bis 13. Oktober findet in Halle der 2. Reichstages der Jung-Spartatus-Bundes statt, verbunden mit Tagungen und Besprechungen der kommunikativen Führer und Kreisbeiräte, sowie der Leiter des J.S.B. Tausende der Jungsten des Klassenbewußten Proletariats wird Halle in diesen Tagen beherbergen, die zum erstenmal in so frühen Beratungen ihre bisherigen Arbeiten und Erfolge zu überprüfen und das Nächstste zu einem Kampf zu machen. Die ungeheure Bedeutung, welche die kommunistische Arbeiterbewegung gewonnen hat und eine Gefahr für die herrschende Klasse zu werden droht, wird am besten dadurch charakterisiert, daß die Regierung Thüringens und Württemberg den Jung-Spartatus-Bund verboten haben. Auch die Arbeiterklasse muß den Wert ihrer eigenen Arbeiterbewegung mehr zu schätzen verstehen. Deshalb heißt die Parole für alle Klassenbewußten Arbeiter am Sonntag, dem 10. Oktober:

Wohlfahrten heraus!  
Bringt überall, wo es möglich ist, Gitanden an!  
Bereitet den Jungpionieren aus allen Ecken Deutschlands einen würdigen Empfang!

## Programm zu den Verankaltungen vom 9. bis 13. Oktober

Freitag, abend:  
Empfang der auswärtigen Jung-Spartatus-Deute am Bahnhof durch den A.V. und Koten Jungtum.

- Sonntag, morgens 9 Uhr:  
Treffen sämtlicher Delegierten am „Volkspar“ zur Bestätigung von Halle.
- 1. Kolonne: Botanischer Garten, Produktiv-Gesellschaft.
- 2. Kolonne: Marktburg, Konium.
- 3. Kolonne: Giebichenstein, Produktiv-Gesellschaft.
- 4. Kolonne: Museum, Dornberg, Konium.
- 5. Kolonne: Troisdamm, Konium.

Treffen sämtlicher Jung-Spartatus-Deute 8 Uhr am „Volkspar“.

- Sonntag, morgens 9 Uhr:  
Leiter-Konferenz, kleiner Saal des „Volkspar“.
- Sonntag, abends 7/8 Uhr:  
Begrüßungsfeier im großen Saal des „Volkspar“ unter Mitwirkung des Arbeiter-Sängerkorps, 1. Hallisches Mandolinorchester, Jung-Spartatus-Gruppen aus dem Reich, Begrüßungsansprachen der hallischen Organisationen: J.S.B., A.V., A.F.D.

„Spartatus“ unter Mitwirkung der Arbeiter-Sängerkorps und des ersten hallischen Mandolinorchesters hat. Die Sozialisten werden erwarten, daß die noch im Arbeitsprozeß stehenden Proletarier durch Massenbesuch dem Konzert den erwarteten Erfolg ermöglichen.

„Spartatus“ unter Mitwirkung der Arbeiter-Sängerkorps und des ersten hallischen Mandolinorchesters hat. Die Sozialisten werden erwarten, daß die noch im Arbeitsprozeß stehenden Proletarier durch Massenbesuch dem Konzert den erwarteten Erfolg ermöglichen.

## Die Sozialkrentner fordern ihr Recht

Am Sonntagvormittag hatten sich in der Restaurationsloale des „Volkspar“ Hunderte von Sozialkrentnern versammelt, die gegen die Rechtslosmachung durch die Reichsregierung protestierten. Sie haben die Forderung erhoben, daß der Reichstag die Sozialkrentner als ein Parlament anerkennen und ihnen das Recht einräumen soll, die Sozialkrentner durch den Reichstag eine Gleichstellung mit den Kleinrentnern bewilligt wurde, die der Reichsregierung und der Reichsregierung den Sozialkrentner vorzuziehen.

Die Reichsregierung habe ferner gegen Treu und Glauben verstoßen, als sie bei der Erhöhung der Rindergelder für Invalide eine Ausnahmestellung der Erhöhungen nur den Invaliden zubilligte, die ab 1. Juli d. J. invalide geworden sind. Die Gesamtheit der Sozialkrentner hat sich zu organisieren, um gemeinnützig für eine Besserstellung kämpfen zu können, werde einen Fortschritt in der Sozialpolitik bringen.

Sonntag, morgens 9 Uhr:  
Eröffnung des Kongresses, großer „Volkspar“-Saal, unter Mitwirkung der gesamten hallischen Arbeiterkraft.

Sonntag, mittags 2 Uhr:  
Demonstration durch die Stadt. Antreten: Adolfsplatz — Giebichenstein. Rundgebung auf dem Ballmarkt. Schluß der Demonstration am „Volkspar“. Spitze und Abschluß des Demonstrationszuges hat der A.F.D.

Sonntag, nachmittags und abends:  
Jungpionier Unterhaltung im „Volkspar“, Restaurationsaal und kleiner Saal. Aufführungen durch die Gruppen aus dem Reich.

Montag, morgens 9 Uhr:  
Antreten auf dem Hofplatz zwecks Kranzniederlegung auf dem Gedenkdenkmal bei den Revolutionären. Anschließend Fortsetzung des Kongresses im großen Saal des „Volkspar“.

Montag, abends 8 Uhr:  
Filmvortrag im großen Saal des „Volkspar“ für Delegierte und Leiter. Folgende Filme werden gezeigt: Der Antifiretag in Halle und Leipzig und „Kamp“.

Dienstag, morgens 9 Uhr:  
Fortsetzung des Kongresses im großen Saal des „Volkspar“.

Dienstag, abends 8 Uhr:  
Filmvortrag im großen Saal des „Volkspar“. Derselbe Film wie Montag. Insbesondere ist dazu die gesamte hallische Arbeiterkraft eingeladen.

Ausstellung:  
Von Sonntag, den 10. Oktober, vormittags 9 Uhr, bis Dienstag, den 13. Oktober, findet im Kartellzimmer eine Ausstellung des J.S.B., des Verlages der Jungen Garde, der Rotten Hilfe und T.H. statt. Diese Ausstellung ist ununterbrochen an diesen Tagen geöffnet.

Eintrittspreise:  
Für alle Verankaltungen kostet die Eintrittskarte für Kinder 10 Pf., für Erwachsene 30 Pf. und berechtigt zum Besuch aller Verankaltungen.

Der Besuch des Zoologischen Gartens kostet für Kinder 20 Pf., für Erwachsene 40 Pf.

Fahrentisch, wofürst, zum Selbstkostenpreis, Preis a Meter 1,25 Mt. Fahrentische per Stück zu 35 Pf., sowie kleine Zündmaschinen pro Preis von 10 Pf. sind erhältlich. Lebensmittelpreise 14 Lt. Zimmer 9.

„Spartatus“ unter Mitwirkung der Arbeiter-Sängerkorps und des ersten hallischen Mandolinorchesters hat. Die Sozialisten werden erwarten, daß die noch im Arbeitsprozeß stehenden Proletarier durch Massenbesuch dem Konzert den erwarteten Erfolg ermöglichen.

„Spartatus“ unter Mitwirkung der Arbeiter-Sängerkorps und des ersten hallischen Mandolinorchesters hat. Die Sozialisten werden erwarten, daß die noch im Arbeitsprozeß stehenden Proletarier durch Massenbesuch dem Konzert den erwarteten Erfolg ermöglichen.

## Berufsschule und Berufsschülerinnen für Angestellte

Am 1. Oktober ist in Halle die weibliche kaufmännische Berufsschule eröffnet worden. Die bürgerlichen Zeitungen sprechen von „einfachwilligen Prinzipalen“, denen dies zum großen Teil zu veranlassen sei neben den Angestelltenverbänden. Gleichzeitig war ein Erlaß des Handelsministers bekannt, der geeignet ist, zu beweisen, daß solche Berufsschulen zu leitet werden, daß die „einfachwilligen Prinzipale“ nicht die Befreiung der Schüler und Schülerinnen erhalten, während sich niemand darum kümmert ob diese jugendlichen Angestellten und Lehrlinge auch Rechte haben.

## Gelungenen-Sammeltransporte

Wie der amtliche Preussische Vorkriegsbericht mittelt, ist nach einem Rundschreiben des Ministers des Innern an die Polizeibehörden der Absatz 3 der Ziffer 5 der Vorschriften über die Gelungenen-Sammeltransporte auf Eisenbahnen vom 8. Dezember 1906 neu gefaßt worden. Danach sind Gelostenante und die übertragbaren Kranzschienen (einschließlich der Überlaste in einem einladungsfähigen Zustand, jedoch ausschließlich der übertragbaren Gefährlichkeitsgegenstände) Bedenden von den Sammeltransporten (Sammelwagen) auszuscheiden. Das gleiche gilt für Frauen von der Beförderung des fünften Monats der Schwangerschaft an, für Festungsgelungenen sowie Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahr und für Personen, die in Hüttengegendung stehen.

## Leitung

In der letzten öffentlichen Verammlung in Halle wurden 27,01 Mt. für die Jugendabteilung genehmigt.

# Mittwoch, den 7. Oktober Große Mitglieder-Verammlung

Abends 8 Uhr im Volkspar. Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt. Ortsvorstand Halle.

# Der Kreispartakien-Standal von Liebenwerda vor Gericht

## Zweiter Verhandlungstag

Zur Verhandlung sind etwa 20 Zeugen erschienen. Bei Beginn der Beratung stellt der Vorsitzende des Angeklagten Merres einen Antrag in Aussicht, einen Verweis zu hinauszusetzen, der über den Gesamtbestand der Verhandlungen dahin abgeben soll, daß dieser degenerative Verhandlungsablauf, der gegenwärtig im Gange ist, nicht länger fortzuführen ist. Die Verhandlung des Angeklagten Merres ist durch die Vernehmung des zweiten Zeugen nicht beendet. Die Verhandlung des zweiten Zeugen ist durch die Vernehmung des dritten Zeugen nicht beendet. Die Verhandlung des dritten Zeugen ist durch die Vernehmung des vierten Zeugen nicht beendet.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

Zum Schluß der Verhandlung wurde kurz die Frage des persönlichen Aufwands des Angeklagten Merres, der er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

## Dritter Verhandlungstag

Bei der Eröffnung läßt der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Dr. Müller, die Zeugen aufzufordern, sich zu melden. Bis auf weiteres wird verlangt, den Herrmann Dr. Müller, der Vorsitzende des Angeklagten Merres ist, zu vernehmen. Das Gericht erklärt, daß es Dr. Müller nicht vernehmen kann, da er nicht anwesend ist. Die Verhandlung ist durch die Vernehmung des vierten Zeugen nicht beendet.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

konnten Sie unterschreiben, wenn Sie es gar nicht gelesen haben? Bogni: Hätte ich gerne, daß Namen darunter waren, dann hätte ich nicht unterschrieben. Vorsitzender zu Merres: Was sagen Sie dazu? Merres: Schiedsrichter kam am 1. März in mein Bureau. Ich habe den Landrat angerufen. Er ist gekommen und dann haben wir beide unterschrieben. Vorsitzender zu Bogni: Hat Sie Merres von dem Schreiben nicht informiert oder hat er Ihnen nicht vorgelegt? Bogni: Es kam möglich sein, daß mich Merres mündlich informiert hat. Vorgelegt hat er es mir nicht. Merres glaubt, daß er es Bogni vorgelegt hat. Weiter tritt in der Verhandlung auf, daß alle Gelder nicht gebührt worden sind, die die Schiedsrichter betreffen. Dies ist auch von den Zeugen nicht bestritten worden. Merres hat sämtliche dazugehörige Akten für sich behalten auf direkte Anweisung Bognis, das alle abgehändelt werden sollte. Vorsitzender zu Bogni: Sie sollten sich der Beistufe für Untrue schuldig gemacht haben.

## Die Beweisaufnahme

Erster Zeuge ist ein Kreispartakienmitglied. Er sagt aus, daß zur Sitzung des Schiedsrichters der Kreispartakienmitglied eingeladen worden ist. Er hat anwesend gewesen. Er hat auch mitgemacht. Merres hat die Sitzung nicht besucht. Vorsitzender: Sie haben also nicht mitgemacht? Zeuge: Nein, ich habe nicht mitgemacht. Vorsitzender: Sie haben also nicht mitgemacht? Zeuge: Nein, ich habe nicht mitgemacht.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

Zeuge müsse doch schon so viel Vertrauen zu ihm haben. Darauf hätte Zeuge unterschrieben. Am 5. September ist dann eine Urkunde eingelaufen, was man sieht, wenn man die Urkunde genau liest. Es ist ein Vermerk, der besagt, daß die Urkunde eingelaufen ist. Die Urkunde ist dann eingelaufen. Die Urkunde ist dann eingelaufen. Die Urkunde ist dann eingelaufen.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

Der Vorsitzende hat dann eingehend seine ganze Beteiligung an dem Sachverhalt, der Gegenstand der Verhandlung ist, in der Reihenfolge der Zeugen, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt. Er hat dabei seine eigene Stellungnahme zum Sachverhalt, die er hat, im einzelnen mitgeteilt.

## Stepans Leppich

Eine Erzählung aus dem Leben der Volksgedulden von Gela Jäse, Deutsch von Stephan J. Klein.

„In die Schule?“ fragte Schmidt mit weit aufgerissenen Augen. „Du lachst nur mit uns Armen Leuten. Wie, zum Teufel, sollte ich die Kinder in die Schule schicken, da es doch bei uns in Dorfe schon das dritte Jahr keine Schule gibt? Das Heim aber muß ja etwas ganz besonders arges sein. Wenn einer von uns Kuttner nicht parieren will, so droht er immer, daß er die Kinder ins Heim bringen läßt. Wie hast du jetzt das Heim meiner Zwillingen vernommen, weil ich sagte, wir würden nächstes Jahr Martin Wagner zum Vorsitzenden wählen. Ja, das sagte ich ihm“, wiederholte Schmidt mit erhobener Stimme, „und Du kannst dich gewiß kein, daß ich Wort halten werde. Und da dachte ich mir“, fährt er weiter fort, „da ich nächstes Jahr Du unser Vorsitzender sein wirst und da ich kommst immer die Kuttner werden der Armen werden. Ich hab' dir das gesagt, was ich dir sagen wollte, bitte, von den nächsten Gemeinderat die beiden Kinder irgendwelche Papiere verschaffen, um damit weiter Kuttner, noch ein Stück Land besäen, insondern irgendwas ein Arbeit übernehmen.“

„Du lachst davon, was die Kinder zusammenbesteln?“ „Ich kann's nicht leugnen, hauptsächlich davon. Es ist aber nicht meine Schuld. Ich würde lieber davon leben, was mir der Boden bringt, aber was bringt er denn? Wenn es gut geht, langt die Kuttner für einen Monat. Du weißt ja, unser Boden gibt sich nicht viel Mühe, und ich bekomme nur ein Drittel von dem, was er trägt, und muß von diesem Drittel auch noch das Saat Korn stellen, und für das heimischen, ist auch eine Entfernung von vier Werst alles heimzuführen lassen — nun ja, dafür muß ich auch zahlen. Es wäre für mich vielleicht besser, wenn ich nicht ein Stück Land besäen, insondern irgendwas ein Arbeit übernehmen.“

acht Güter, vier Kühe und zwei Transpeller, außerdem landwirtschaftliche Geräte und alles, was man für Arbeit braucht.“ Schmidt verstand die Sache nicht. Einen Augenblick dachte er daran, daß das Gericht von den zwei Gütern, das er verbreitet hatte, von Mund zu Mund gehend, nunmehr von acht Gütern spräche und er jetzt das eigene Gericht zurückzulegen, etwas verändere und betätigt angemaschen, wie dies mit Gerichten zu geschehen pflegt. Aber — fiel ihm dann ein — Martin weiß doch, was er ihm versprochen hat, und übrigens ist ein händlicher Kommunist ja gar vielem fähig, und vielleicht auch dazu, daß er ins Dorf Arbeiterliste bringt. Er blühte mit großer Ehrfurcht und einigem Misstrauen Martin ins Gesicht.

„Du lachst davon, was die Kinder zusammenbesteln?“ „Ich kann's nicht leugnen, hauptsächlich davon. Es ist aber nicht meine Schuld. Ich würde lieber davon leben, was mir der Boden bringt, aber was bringt er denn? Wenn es gut geht, langt die Kuttner für einen Monat. Du weißt ja, unser Boden gibt sich nicht viel Mühe, und ich bekomme nur ein Drittel von dem, was er trägt, und muß von diesem Drittel auch noch das Saat Korn stellen, und für das heimischen, ist auch eine Entfernung von vier Werst alles heimzuführen lassen — nun ja, dafür muß ich auch zahlen. Es wäre für mich vielleicht besser, wenn ich nicht ein Stück Land besäen, insondern irgendwas ein Arbeit übernehmen.“

schönlich erwarteten Ueberflusses gekommen, von der die Bolschewiki immer sprachen. Eine Schenke gab es im Dorfe nicht, denn diese war von den Bolschewiki geschlossen worden. Die Dorfarme besprachen auf der Straße die Ereignisse, das fandbare Unrecht, das der Frau bedrohte, das große Glück des Martin's Güter dem Dorfe bringen würden. Die Stimmung bewegte sich zwischen Extremen. Er erschien ihnen entweder alles sehr gut, oder furchtbar schlecht. Wer die Schmarzeher waren eigentlich doch in der Ueberzahl, denn der Stroh, der Verlust der Winterzeit war bereits traurige Gewißheit. Martin's Güter aber hatte noch niemand gekauft. Und wenn jene, die von Martin kündigten, auf die Kulaken schimpften, auch keinen heftigen Widerspruch fanden, so wurde ihnen andererseits auch nicht besonders lebhaft zugestimmt.

Kaul Kutner war über alles, was Martin tat, unterrichtet, und wußte auch genau, wie im Dorfe Martin's Worte aufgenommen wurden. Die ersten zwei Tage ließ er alles seinen Angehörigen hören, darauf kündigte er, wie man es schon in den Lauf der Ereignisse eingreifen konnte. Am dritten Tag jedoch verlor er seine Kaltblütigkeit. In diesem Tag kam nämlich aus Potzsch ein Vollstrecker ins Dorf und entschied nach kurzer Verhandlung, daß Kaul Kutner verpflichtet sei, Frau Huber binnen dreier Tage das für Verpfändung gefasste Haus zurückzugeben. Der Verlust war nicht unbedingt groß, gab es doch im Dorfe genug leere Häuser. Der Verlust des Kommittees für genügende Hilfe, das über die Schuler verfügte, war Hans Müller, Frau Kutner's Schwager, und so bestand kein Zweifel darüber, daß sich Kutner frei ein Haus würde wählen können. Aber die Schande! Kein, das wußte Kutner dem Martin Wagner nicht verzeihen, und sollte er es doch tun, so müde es ihm seine Frau, Olga, sei, die den Kommunisten noch so vieles heimzuführen hatte, niemals verzeihen.

Kutner lud die zwölf hoheliebenden Bauern zu einer Beratung ein. Vor vier Tagen, als Kutner auf Rat des Pfarrers Martin lauba wollte, hatte er sich mit den zwölf selbst reichen Bauern drei Stunden lang beraten. Kutner hatte ihnen damals erklärt, daß er die Martin's Güter für das Dorf besäen, daß er die Güter nicht wieder veräußern, die zwölf Kulaken hätten selbst die Gefahr erkannt. Doch berichtete Kutner auch, welche Vorteile es für das Dorf bedeuten könnte, wenn ein Kommunist die Beschlüsse des Dorfrates mitunterstützte. Der Pfarrer ließ ebenfalls dieser Ansicht, und aus der gesunde Menschenverstand gab, daß wenn Martin's Güter besäen, die Mühseligkeit wäre, die ein letzter Grund selbst nicht. (Fortsetzung folgt.)

# Für die Welteinheit der Genossenschaften

Zur Sitzung des Zentralkomitees der internationalen Genossenschaftsallianz in Paris

Seltern begann in Paris die auf zwei Tage berechnete Sitzung des Zentralkomitees der internationalen Genossenschaftsallianz. Die Genossenschaftsbureaufraktion wird wieder vollständig nach Ausbruch der Öffentlichkeit tagen. Wieder die Mitglieder, noch die lokalen Genossenschaftsorganisationen wurden mit den Problemen der internationalen Genossenschaftsbewegung bekannt gemacht.

In Paris soll die fünftägige internationale Genossenschaftspolitik, die „Neutralität“ gegen die Sowjetunion, die Genossenschaftsbewegungen, die Kampagne gegen die hohen Lebenskosten, die Kriegsgefahr, sowie die Einberufung eines genossenschaftlichen-genossenschaftlichen Einheitskongresses behandelt werden.

Während man bisher über die „Neutralität“ der Allianz sprach und jedem Nationalverband suchte, daß er für sich innerhalb seines nationalen Rahmens nur und daher konnte, was er will, verlangt man jetzt von den Sowjetgenossenschaften die Durchbrechung der politischen „Neutralität“ und will sie zwingen, eine ausbreitende politische Aktion gegen die Komintern in Moskau zu unternehmen. Andernfalls drohen die Herren mit dem Ausschluss, d. h. Zerstückung der internationalen Genossenschaftseinheit. Will man diesem, das ist andere zwingen, Genossen gut zu machen. Die politischen Genossenschaften werden auch in der Genossenschaftsbewegung die einzigen erhabenen Vorbilder für die internationalen Einheitsfront und wirtschaftliche Arbeitsfront sein. Es besteht kein Zweifel, daß die Mitglieder in den Genossenschaften aller Länder hierbei auf der Seite der russischen Genossenschaften stehen und nicht auf Seiten ihrer Führer, die heute schon offen die Kollaboration betreiben.

Genau so erntet die Frage der Verbindung der Genossenschaften mit der Komintern und der Aufhebung der Genossenschaftsinternationalen. Wir sind sicher, daß wieder Elemente aufstehen werden, die die Genossenschaftsinternationalen — die politisch im Jahresspruch der 2. Internationalen liegt — genossenschaftlich nur mit dem Mittelstadium verbinden wollen und die Verbindung mit der Komintern Genossenschaftsinternationalen ausbleiben bedingungen.

Die dritte Frage, die im Vordergrund der internationalen Genossenschaftsbewegung steht, betrifft den Ausbau der Genossenschaftsbewegung zum tatsächlichen Werkzeuge im Kampfe gegen Teuerung und Spekulation. Dann erntet, wenn die Genossenschaften ihre rein wirtschaftliche Tätigkeit eine politische Aktion erzeugen, indem sie als Massenorganisation auf den Kampfplatz treten, um mit klaren Parolen ihre Mitglieder zu mobilisieren zum Kampf um die Erhöhung ihres Lebensstandards, erfüllen die Genossenschaften ihren Zweck der Wahrnehmung und des Schutzes der allgemeinen Konsumenteninteressen.

Die Genossenschaftsbureaufraktion geht dieser Frage mit einem ausbreitenden Geschichtsblick auf dem Weltmarkt für, daß die Genossenschaften einseitig in den Kampf gegen die Verteilung des Proletariats marschieren, weil sich daraus Konsequenzen ergeben, die ihr unüberwindliches Dogma von der politischen „Neutralität“ endlich an den realen Notwendigkeiten der proletarischen Genossenschaftspolitik zum Scheitern bringen.

Die Komintern hat die Genossenschaftsbewegung als offensichtlich nur ein Hilfsmittel, denn in Wirklichkeit erfüllt sie nicht. In der Genossenschaftsallianz aller Länder befindet sich in keinem einzigen Staat auch nur ein Hinweis darauf, daß in Paris diese Konferenz stattfindet. Ausgenommen die russischen Genossenschaften! Hier über alle internationalen Vorgänge und Sitzungen, sondern wir finden in der Genossenschaftsallianz in Moskau „Reparaturarbeiten“ (die einzige genossenschaftliche Tageszeitung der Welt!) ein Memorandum zur Frage der internationalen Genossenschaftsarbeit veröffentlicht, das von den 14 Delegierten der Union der GSK in Paris vorgelegt werden wird. Aber andererseits erntet die Genossenschaften die russischen Genossen mit diesen Vorkäufen in dem Memorandum, das eine sehr gute historische Überlebens über die verschiedenen politischen programmatischen Einstellungen der Genossenschaftsinternationalen gibt, und ein klares Wirtschaftsprogramm für die Genossenschaftsinternationalen enthält, das sich beschäftigt mit dem alleinigen Schutz des Konsumenteninteresses durch Kampf gegen Teuerung, Spekulation, Jodel, Verkaufsdruck, und mit den Fragen internationaler Arbeitsbeschäftigung, die im Zusammenhang mit dem Kampf um Lebensstandards, Krieg gegen Faschismus, ist nicht ein einziger Punkt, den nicht jeder proletarische Genossenschaftler aus vollem Herzen seine Zustimmung geben kann. Denn das, was in diesem sowjet-russischen Memorandum im einzelnen ausdifferenziert ist, sind gegen die Forderungen, die der proletarische Genossenschaftler in allen Ländern selbst mitmachen will, die erfordern, das ein Genossenschaft ist ein weltweites Organ zum Schutze seiner Interessen und zur Bekämpfung des Kapitalismus zu machen.

Es genügt, die Schlüsselzüge dieses Memorandums wörtlich zu zitieren und wir haben die aktuellen Forderungen, die jetzt in allen Ländern durch die Genossenschaftsmitglieder aufgestellt und erklart werden.

1. Das ZK der Allianz billigt die Ausführungen des von den Vertretern der internationalen Genossenschaftsinternationalen Sowjet-Rußlands, der Ukraine, Arabiens, Georgiens und Armeniens in Paris vorgelegten Memorandums. Das ZK erachtet dies als die geeignete Basis für die Aufstellung eines Tätigkeitsprogramms der Allianz, in welchem die Genossenschaftsbewegung prinzipiell als ein Teil der modernen Arbeiterbewegung betrachtet wird, in ihrem Verhältnis zu den politischen Parteien und Genossenschaftsbewegungen. Ein Weltkongress von dem Grundgedanken internationaler Arbeitsfrontarbeit leiten läßt.

2. Zur konkreteren Ausarbeitung dieses Programms wird eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die ihren Entwurf der nächsten Sitzung der Exekutive vorzulegen hat.

3. Dieser Entwurf soll mindestens zwei Monate vorher allen Mitgliedern des Zentralkomitees zwecks Stellungnahme vorgelegt werden.

4. Das Bulletin der Allianz soll eine breite uneingeschränkte Diskussion aller Programmpunkte der internationalen Genossenschaftspolitik eröffnen, an der jeder organisierte Genossenschaftler teilnehmen kann.

5. Auf Grund des zweiten Punktes des in Paris 1921 beschlossenen Programms wird die Exekutive der Allianz beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß in den größten Städten aller Länder, deren nationale Genossenschaftsorganisationen der Allianz angeschlossen sind, Genossenschaftskampagnen für die Mitgliedschaften zur freien Diskussion über die internationale Genossenschaftspolitik veranstaltet werden.

Die Massenbewegungen Genossenschaftler aller Länder müssen darauf bestehen, daß diese Fragen in allen lokalen Genossenschaftsversammlungen und Konferenzen gleichermaßen gestellt und behandelt werden. Erst dann, wenn in der Reihe der Genossenschaftsmitglieder eine wirkliche Solidarität lebendig wird und die „einzelnen Mitglieder“ gegen die Exekutive um das proletarische Tätigkeitsprogramm einen jeden Kampf führen, werden solche Sitzungen, wie die Konferenzen jetzt in Paris, realen Sinn erlangen bekommen. Dann wird die Genossenschaftspolitik nicht mehr Angelegenheit von erhabenen Führern, sondern — wie in der Union der GSK — Sache der Genossenschaftler selbst und ein Bestandteil des proletarischen Kampfes sein.

## Die Stellungnahme des „Daily Herald“

Im „Daily Herald“ nahm der Labour-Abgeordnete Lansbury, der kein Kommunist ist, zu den Aufgaben der Pariser Konferenz folgende Resolutionen vor, die nur alle drei Jahre zusammentritt, hat der Zentralrat in der Zwischenzeit ein sehr wichtiges Amt. Entscheidungen von großer Wichtigkeit und großer Tragweite können von ihm getroffen werden. Die ganze Arbeiterklasse Englands ist hart an der Durchführung des durch die Banken gegen Sowjet-

Rußland verhängten Bankotts interessiert. Wir wissen, daß die Entscheidung der englischen Banken für sowjet-russischen Export nicht nur ein Schlag gegen die Entschuldigung der Sowjet-Union, sondern auch ein gut zwangener Angriff ist mit dem Zweck, die englische Arbeitslosigkeit zu vergrößern, um dadurch die Löhne weiter herabzusetzen zu können. Die Genossenschaftsbewegung und die Labour Party können protestieren und mehr oder weniger wirksam gegen den Bankrott durch die Banken demonstrieren, aber die einzige Körperlichkeit, die tatsächlich den Bankrott beseitigen kann, ist die Genossenschaftsbewegung. Sie kann sie durchbrechen nicht durch Resolutionen, sondern durch Taten. Von diesem Standpunkte aus ist eine enge Verbindung zwischen den großbritannischen und sowjet-russischen Genossenschaften außerordentlich wichtig, nicht nur aus Gefühls-, sondern aus allgemeinen Gründen. Es ist zu hoffen, daß die englischen Vertreter, die am 5. Oktober nach Paris gehen, ihr Bestes tun werden, um im Interesse des englischen Gewerkschaftskongresses zu arbeiten und zu erreichen, daß die Arbeiten des Kongresses in Genua mit den russischen Arbeiterorganisationen ausgetauscht werden. Zahlreich sind die Zeichen, daß die deutsche Sozialdemokratie, die die Hauptvertreterin (wörtlich; auch in der Tat) der Arbeiterklasse in der Weltgenossenschaftsbewegung ist, ihre unüberwindliche Feindschaft auch auf die Genossenschaftsbewegung ausstreckt. Es ist unabweislich, daß die deutsche Sozialdemokratische Partei bei diesen Implikationen verfaßt, die verheerenden sowjet-russischen Genossenschaften zu schwächen, um sie näher aus der internationalen Allianz der Genossenschaften herauszubringen. Gegenwärtig wird immer wieder Gewicht darauf gelegt, jede Kritik an der Politik der Genossenschaftsallianz seitens der deutschen Kommunisten als ein Verstoß der russischen Genossenschaftsallianz auszulassen. Das ist ein niedriges, freches Streben, was sogar ein gewöhnlicher Politiker weit von sich weisen muß und welches, bis zu seiner logischen Konsequenz angewandt, den vollständigen Bankrott der Sowjetunion bedeuten würde. Eine weitere Maßnahme ist die beschlossene Reduzierung der Zahl der Genossenschaftsvertreter der Sowjetunion im Zentralkomitee gegenwärtig haben die im Bund der Sowjetunion vertretenen Völker Rußlands, der Ukraine, Georgiens, Arabiens usw. ihre getrennten Genossenschaftsvertreter. Jetzt wird behauptet, daß diese Republikan durch die Schaffung der Sowjetunion in ihrer gegenwärtigen Form des Rechts der getrennten Vertretung verlustig gegangen sind. Es ist bekannt, daß dieser Vorschlag (unabhängig davon, ob er hoffentlich durch die Sowjetunion genehmigt werden wird) bei der Haltung der deutschen Genossenschaftler und der Genossenschaftler der kleinen baltischen Staaten, deren Regierungen sich im Schlepptau der englischen Admiralität befinden, gemacht wurde.

Durch den Gewerkschaftskongress in Scarborough hat die englische Arbeiterklasse einen großen Schritt vorwärts getan und es ist nicht ihre Absicht zu erlösen, das Wort zu führen, sondern die internationale Einheit umgarnen werden durch den Versuch der Spaltung und Herabsetzung von Feindschaften in die Reihen der internationalen Genossenschaftsallianz.

Soweit Lansbury! Einige Zahlen über die Stärke der englischen Genossenschaften sollen hier angeführt werden, um ihre Größe zu zeigen. Laut dem im vorigen Jahre auf dem Genossenschaftskongress ermittelten Bericht zählen die englischen Genossenschaften 4,5 Millionen Mitglieder. Ihr auf Genossenschaftsanteile eingestuftes Kapital betrug für das Rechnungsjahr 1923 rund 1,5 Milliarden Goldmark. Ihr Umsatz im Kleinhandel rund 3 Milliarden, ihr Reservefonds

100 Millionen Goldmark. Der reine Uberschuß 285 Millionen Goldmark. Die Zahl der von den Genossenschaften beschäftigten Arbeiter betrug 183.195.

Doch abgesehen von dieser finanziellen Macht der englischen Genossenschaften ist die politische Seite der Ausführungen Lansburys von außerordentlicher Bedeutung, denn sie berührt die Frage, die vor einigen Jahren auch in Deutschland bestritten wurde: Gefühlsverbindung der Arbeitergenossenschaften mit den großen Genossenschaften ruhmreichen Rußlands. Das ist nicht nur eine Angelegenheit für die deutschen Genossenschaftler beschäftigen müssen, sondern alle Arbeiter. Die Einheit der Weltgenossenschaftsbewegung, in Verbindung gebracht mit den Vorkäufen der Weltallianz gegen Sowjet-Rußland, wie es Lansbury tut, ist in der Tat eine Plattform, auf der die Arbeiterklasse sich schützend vor Sowjet-Rußland stellen muß. Natürlich ist das nur ein Vorbehalt der großen ersten Front, die sich in der Welt bildet, aber doch ein wichtiger Vorbehalt. Die Brandmarke der SPD, durch Lansbury ist zudem sehr treffend und die Aufgabe aller erlich-proletarischen Genossenschaftler muß sein, mit der Opposition und den englischen Vertretern gemeinsam zu marschieren.

„Der weiße Terror gegen die rumänische Genossenschaftsbewegung“

Der Gewerkschaftsrat Rumäniens verfaßt — Proletier bei der rumänischen Regierung!

Die Regierung in Rumänien hat gegen mehrere hundert Bauern einen Riefenprozess inszeniert und unterdrückt mit dem brutalsten und graulichsten Methoden des weißen Terrors die Bauernbewegung. In Rumänien gegen die Genossenschaftsbewegung verfaßt die rumänische Regierung ihre Unterdrückungsmaßnahme.

Am 30. und 31. August hielt der Uniter Gewerkschaftsrat Rumäniens in Bukarest eine Plenarsitzung ab. Auf der Tagesordnung stand: „Lage der Gewerkschaften, Wahlen in die Arbeitsämter, Gemeindefragen, Jahreskongress der Uniter Gewerkschaftsbewegung, Einigung mit dem Staat über einen Gewerkschaftsvereinbarung überfallen und sämtliche Teilnehmer verhaftet und zwecks Verurteilung dem Militärgerichtsdienst des 3. Armeekorps in Bukarest überliefert. Die Zahl der Verhafteten beträgt 19. Unter ihnen befindet sich der Präsident des uniteren Gewerkschaftsrates, Solomon Müller, der Zentralrat der uniteren Holzarbeitervereinigungen, Stefan Tan, der Sekretär des Metallarbeiterverbandes, S. Ghempe, der Sekretär des Lederarbeiterverbandes, Gosa Rogu, und andere.

Der offizielle Haftbefehl der Sigurana gibt als Grund der Verhaftung an, daß sich die Sitzung auf mit Fragen befaßt, die die Arbeiterklasse nichts angehen.“ In Wirklichkeit ist die Verhaftung des uniteren Gewerkschaftsrates der Unfall einer neuen verheerenden Offensive der Regierung gegen die uniteren Genossenschaftsbewegung. Ebenso wie die Bauernfront durch den Riefenprozess in China, soll das Industrieproletariat durch einen Riefenprozess gegen die Gewerkschaften zerstückelt werden.

Andererseits liegt der Verhaftung des uniteren Gewerkschaftsrates das Verbleiben zugrunde, die Chance der Erfolge der Uniteren bei den kommenden Wahlen zu den Arbeitsämtern zu schwächen. Die verhafteten Genossen haben gegen ihre gleichwichtige Verhaftung dem 1. September den Hungerstreik erklärt. Die Regierungspresse droht mit weiteren Repressalien und behauptet die Verhafteten, „ein Komplott gegen die Sicherheit des Staates organisiert zu haben“.

Die Schenkung der uniteren Gewerkschaftsführer nahm die Kommunistische Partei Rumäniens zum Anlaß ein großes Protestaktion in die Wege zu setzen. Es fanden bereits mehrere Protestversammlungen statt.

Die internationale Arbeiterfront muß härtesten Protest erheben gegen den Vorstoß der rumänischen Regierung zur Vernichtung der uniteren revolutionären Genossenschaften. Bereits haben mehrere Genossenschaften des Auslandes, darunter viele österreichische, belgische und die uniteren Verband französischer Textilarbeiter, sich der Sache der verhafteten rumänischen Gewerkschaftsführer angenommen und Protest-Telegramme an die rumänische Regierung geschickt.

Nach in Deutschland muß die Arbeiterfront in Verammlungen und Kundgebungen gegen die Vernichtung der rumänischen Genossenschaften bestehen und sofortige Freilassung der verhafteten Gewerkschaftsführer in Rumänien fordern.

## Der weiße Terror gegen die rumänische Genossenschaftsbewegung

Der Gewerkschaftsrat Rumäniens verfaßt — Proletier bei der rumänischen Regierung!

Die Regierung in Rumänien hat gegen mehrere hundert Bauern einen Riefenprozess inszeniert und unterdrückt mit dem brutalsten und graulichsten Methoden des weißen Terrors die Bauernbewegung. In Rumänien gegen die Genossenschaftsbewegung verfaßt die rumänische Regierung ihre Unterdrückungsmaßnahme.

Am 30. und 31. August hielt der Uniter Gewerkschaftsrat Rumäniens in Bukarest eine Plenarsitzung ab. Auf der Tagesordnung stand: „Lage der Gewerkschaften, Wahlen in die Arbeitsämter, Gemeindefragen, Jahreskongress der Uniter Gewerkschaftsbewegung, Einigung mit dem Staat über einen Gewerkschaftsvereinbarung überfallen und sämtliche Teilnehmer verhaftet und zwecks Verurteilung dem Militärgerichtsdienst des 3. Armeekorps in Bukarest überliefert. Die Zahl der Verhafteten beträgt 19. Unter ihnen befindet sich der Präsident des uniteren Gewerkschaftsrates, Solomon Müller, der Zentralrat der uniteren Holzarbeitervereinigungen, Stefan Tan, der Sekretär des Metallarbeiterverbandes, S. Ghempe, der Sekretär des Lederarbeiterverbandes, Gosa Rogu, und andere.

Der offizielle Haftbefehl der Sigurana gibt als Grund der Verhaftung an, daß sich die Sitzung auf mit Fragen befaßt, die die Arbeiterklasse nichts angehen.“ In Wirklichkeit ist die Verhaftung des uniteren Gewerkschaftsrates der Unfall einer neuen verheerenden Offensive der Regierung gegen die uniteren Genossenschaftsbewegung. Ebenso wie die Bauernfront durch den Riefenprozess in China, soll das Industrieproletariat durch einen Riefenprozess gegen die Gewerkschaften zerstückelt werden.

Andererseits liegt der Verhaftung des uniteren Gewerkschaftsrates das Verbleiben zugrunde, die Chance der Erfolge der Uniteren bei den kommenden Wahlen zu den Arbeitsämtern zu schwächen. Die verhafteten Genossen haben gegen ihre gleichwichtige Verhaftung dem 1. September den Hungerstreik erklärt. Die Regierungspresse droht mit weiteren Repressalien und behauptet die Verhafteten, „ein Komplott gegen die Sicherheit des Staates organisiert zu haben“.

Die Schenkung der uniteren Gewerkschaftsführer nahm die Kommunistische Partei Rumäniens zum Anlaß ein großes Protestaktion in die Wege zu setzen. Es fanden bereits mehrere Protestversammlungen statt.

Die internationale Arbeiterfront muß härtesten Protest erheben gegen den Vorstoß der rumänischen Regierung zur Vernichtung der uniteren revolutionären Genossenschaften. Bereits haben mehrere Genossenschaften des Auslandes, darunter viele österreichische, belgische und die uniteren Verband französischer Textilarbeiter, sich der Sache der verhafteten rumänischen Gewerkschaftsführer angenommen und Protest-Telegramme an die rumänische Regierung geschickt.

Nach in Deutschland muß die Arbeiterfront in Verammlungen und Kundgebungen gegen die Vernichtung der rumänischen Genossenschaften bestehen und sofortige Freilassung der verhafteten Gewerkschaftsführer in Rumänien fordern.

„Unterdrückung der Genossenschaftsbewegung in den Balkanländern“

Offener Brief an die Lederarbeiter-Internationale

Das Auslandskomitee der verfolgten Genossenschaften Bulgariens, Rumäniens, Griechenlands und Jugoslawiens hat an den Kongress der Lederarbeiter-Internationale einen Aufruf gerichtet, in dem es heißt:

„Werte Genossen!

Die Lederarbeiter in den Balkanländern schmachten unter der barbarischen Ausbeutung des internationalen Kapitals. Auf dem

Wegen der Kolonisierung der Balkanländer tobt die kapitalistische Offensive mit allen Mitteln des Terrors. Das Ziel der Kapitalisten ist die Vernichtung der Genossenschaftsbewegung und Stabilisierung der bürgerlichen Herrschaft. Unter dem Banner der „Einheitsfront“ gegen die Vernichtung der Genossenschaftsbewegung, die Vernichtung der proletarischen Errungenschaften und gegen die elementaren Arbeiterforderungen, wie: Achtstundentag, Lohn-erhöhungen, Verammlungs- und Koalitionsrecht und die Arbeiterpresse.

Die Genossenschaftler sind teils vernichtet, teils geplündert, teils inhaftiert. Die Balkanländer sind in den Händen der kapitalistischen Verbände der Balkanregierung gefüllt worden. Es gibt keinen Achtstundentag, kein Verammlungsrecht und Koalitionsrecht für die Arbeiter. Mehr als vierzehnstündige Arbeitszeit bei 40- bis 50prozentigem Vortriebslohn.

Der unermessliche Terror der herrschenden Klasse hat in Bulgarien die blühende Genossenschaftsbewegung vernichtet. Auch dem Septemberaufstand im Jahre 1923 sind die Genossenschaftsverbände, darunter auch der Lederarbeiterverband, angefallen, die Verbände und Anführer geplündert. Die Vertrauensmänner der Arbeiter und Gewerkschaftsführer teils eingekerkert, teils eingekerkert oder verbannt.

In Griechenland liegt die junge Genossenschaftsbewegung unter dem Druck der falschen Terrorbanden des Generals Pangalos. Das offizielle Organ der Genossenschaftsallianz ist durch die Polizei verboten. Die besten Führer der Genossenschaftsbewegung sind hinter Schloß und Riegel. Einzelne Genossenschaftsverbände sind geschlossen.

In Jugoslawien kämpft die Genossenschaftsbewegung um ihre Dasein unter den schwierigsten Verhältnissen. Ausnahmelese, Koalitionsverbot und physischer Terror herrscht gegen die diejenigen Genossenschaftsverbände, die gegen das Ausbeutertum erntet anzugreifen wagen. Die besten Führer sind in den Gefängnissen.

In Rumänien ist der Staat der uniteren Genossenschaftsverbände am 31. August überfallen worden, wobei sämtliche Teilnehmer verhaftet und dem Militärgerichtsdienst in Bukarest überantwortet wurden. Die verhafteten Gewerkschaftsführer haben den Hungerstreik erklärt. Am Ende der zweiten Woche des Hungerstreiks lag Solomon Müller im Sterben.

Werte Genossen! Erhebt Euren Protest gegen die Vernichtung der Genossenschaftsbewegung, protestiert gegen die Fortregierung Jankoffs, protestiert gegen die Verhaftung der besten Genossenschaftsführer Rumäniens, fordert die Befreiung der eingekerkerten Genossenschaftsführer.

Gegen die kapitalistische Offensive ist die Arbeiterfront in den Balkanländern hauptsächlich deshalb so schwach, weil die Genossenschaftsbewegung gelähmt und zerstört ist. Nur die höchst-entwickelte Genossenschaftsbewegung würde imstande, gegen die Unterdrückung gegen die terroristische Verfolgung der Genossenschaftsbewegung Schranken zu setzen und die Tagesforderungen des Proletariats zu erfüllen.

„Tretet ein für die Einheit der Genossenschaftsbewegung in nationalen und internationalen Maßstäbe!“

Fordert die Aufnahme der verfolgten Lederarbeiter-Organisationen der Balkanländer in die Lederarbeiter-Internationale!

Es lebe die Internationale aller Lederarbeiter!

Es lebe die Solidarität der Lederarbeiter der ganzen Welt!

Mit brüderlichem Gruß

Das Auslandskomitee der verfolgten Genossenschaften Bulgariens, Rumäniens, Griechenlands, Jugoslawiens.

30. September 1925.

## Die Opfer des Krieges und der Arbeit für blühende Orientierung!

In einer am Sonntag im „Vollspart“ stattgefundenen Mitgliederversammlung des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit nahm die Mitgliedschaft nach Anhörung eines Referats des Genossen Freund Stellung zu der gegenwärtigen „Weltlichen Orientierung“ lautet das Thema:

Ausgehend vom Referat „Friedensvertrag“ wurde gezeigt, daß dieser Vertrag mit dem Sowjet-Rußland und dem Rest der Welt abgeschlossen werden muß und die Sicherheit nur durch die Einigung der Weltgenossenschaft mit der Weltlichen Orientierung erreicht werden kann. Folgende Resolution wurde nach sehr reger Diskussion angenommen:

„Die am Sonntag, dem 3. Oktober 1925 im „Vollspart“ zu Halle a. S. verammelten Opfer des Krieges und der Arbeit erheben härtesten Protest gegen die Maßnahmen der deutschen Regierung, die Gesundheit, eine Sicherheitspolitik mit den weltlichen Staaten abzuschließen. Sie sind sich bewußt, daß der Eintritt Deutschlands in den Weltbund ein neues Kapitel in der Weltgeschichte bedeutet, dessen Folgen auf die Schultern der gesamten Arbeiterfront abgewälzt werden.“

Die Opfer des Krieges und der Arbeit haben schon einmal den „Dank des Vaterlandes“ ferngelenkt, daher werden sie nicht zurück, bis auch dem letzten Arbeiter die Augen über diese Schandverträge geöffnet sind und bis von der Notwendigkeit des Kampfes gegen das Internationale Kapital durchdrungen sind. Der Abschluß des Garantiefasses bedeutet unmittelbares Hineinziehen Deutschlands in alle künftigen Konflikte zwischen den imperialistischen Mächten.

Die proletarischen Kriegs- und Arbeitsoffizier werden die Mahner und Dränger sein, um kommende imperialistische Kriege zu verhindern.

Daher fordern sie den Anschluß an Rußland zu vollziehen, denn nur ein solcher liefert die Garantie eines Friedens für die gesamte Welt.

Friede den Sünten! Krieg den Palästen!

Nach Beendigung weiterer Tagesordnungspunkte wurde die Versammlung geschlossen mit dem Hinweis, die bürgerliche Tagespresse aus den Haushalten der Kriegs- und Arbeitsoffizier zu entfernen und nur die proletarische Presse zu befehlen.

100 Millionen Goldmark. Der reine Uberschuß 285 Millionen Goldmark. Die Zahl der von den Genossenschaften beschäftigten Arbeiter betrug 183.195.

Doch abgesehen von dieser finanziellen Macht der englischen Genossenschaften ist die politische Seite der Ausführungen Lansburys von außerordentlicher Bedeutung, denn sie berührt die Frage, die vor einigen Jahren auch in Deutschland bestritten wurde: Gefühlsverbindung der Arbeitergenossenschaften mit den großen Genossenschaften ruhmreichen Rußlands. Das ist nicht nur eine Angelegenheit für die deutschen Genossenschaftler beschäftigen müssen, sondern alle Arbeiter. Die Einheit der Weltgenossenschaftsbewegung, in Verbindung gebracht mit den Vorkäufen der Weltallianz gegen Sowjet-Rußland, wie es Lansbury tut, ist in der Tat eine Plattform, auf der die Arbeiterklasse sich schützend vor Sowjet-Rußland stellen muß. Natürlich ist das nur ein Vorbehalt der großen ersten Front, die sich in der Welt bildet, aber doch ein wichtiger Vorbehalt. Die Brandmarke der SPD, durch Lansbury ist zudem sehr treffend und die Aufgabe aller erlich-proletarischen Genossenschaftler muß sein, mit der Opposition und den englischen Vertretern gemeinsam zu marschieren.